Angehörigen Info

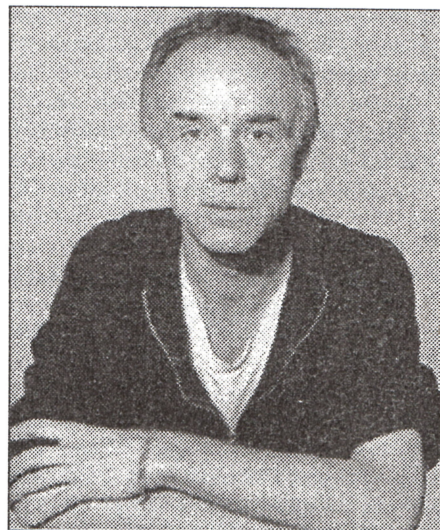
C 10190 12.6.1998 Preis: 3,00 DM **208**

Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD

Die diesjährige Eröffnung der Jahresausstellung im Schiller-Nationalmuseum Marbach/N. unter dem Titel: „Protest! Literatur um 1968" verlief nicht wie gewohnt. Wir nahmen uns das Recht, unsere Sicht auf 1968 und seine Verknüpfungen mit heute, dem verknöcherten Literaturwissenschaftsbetrieb entgegenzusetzen. 50 Menschen besetzten Bühne und Rednerpult. Wir haben folgendes den anwesenden Gästen und der anwesenden Presse mitgeteilt:
Mit freundlichen Grüßen
Initiative für die klassenlose Weltgesellschaft

Verschiedene Medien im süddeutschen Raum berichteten zwar über die Akiton, unterschlugen aber, wen wundert's, das politische Anliegen, die Freiheit der politischen Gefangenen. Deshalb dokumentieren wir hier das Flugblatt der Initiative für eine klassenlose Weltgesellschaft, das während der Ausstellungseröffnung im Dt. Literaturarchiv verteilt wurde und das klar macht, daß die Geschichte noch nicht zu Ende ist.

»Der Knast ist aber kein Museum«



Helmut Pohl, aufgrund seiner schweren Krankheit und notwendiger medizinischer Behandlung seit einigen Monaten nicht mehr im Knast, wurde jetzt begnadigt (bei fünf Jahren „Bewährung"). Wir wünschen ihm alles Gute!
Freiheit für ALLE politischen Gefangenen

Das Wort ergreifen, die Freiheit beginnt" *(Oreste Scalzone)*

Heute jährt sich zum 22. Mal der Todestag von Ulrike Meinhof, die am 9.5. 1976 in Stammheim erhängt aufgefunden wurde. Ulrike Meinhof war Mitbegründerin der Roten Armee Fraktion (RAF) und zuvor eine der wichtigsten publizistischen StreiterInnen der außerparlamentarischen Opposition (APO). Die RAF hat sich inzwischen aufgelöst und ihren bewaffneten Kampf für beendet erklärt. Gleichgültig wie wir zu diesem Kampf stehen, er war eine historische Konsequenz der Ereignisse von 1968, die hier musealisiert werden.

Der bewaffnete Kampf war eine Form der politischen Auseinandersetzung, die ohne 1968 nicht verstehbar ist, eine Entscheidung, die zahlreiche Gruppen in Italien, Frankreich, in den USA und in der Bundesrepublik in ähnlicher Weise getroffen haben. Diese Form der Auseinandersetzung gehört mittlerweile der Geschichte an, und wir fordern die bundesdeutsche Gesellschaft auf, daraus endlich die Konsequenzen zu ziehen und ebenfalls die Waffen niederzulegen.

Die Geschichte der RAF und der Bewegung 2. Juni hat ihre Ursprünge in der weltweiten Erhebung der antikolonialen Befreiungsbewegungen und insbesondere im Protest gegen den Vietnamkrieg in den Sechziger Jahren. Hunderttausende von Toten schlagen dabei auf der Seite des „freien Westens" zu Buche. Auch die Bundesrepublik war hier und anderenorts Kriegspartei. Sie ist für Hunderttausende von Toten in aller Welt mitverantwortlich. Doch diese Toten haben sich die damaligen ParteigängerInnen des „freien Westen" schon längst verziehen. Nicht verziehen hat die Bundesrepublik den politischen Gefangenen und den Illegalen aus der RAF und anderen bewaffneten Gruppen.

Ab 9. Mai soll in Marbach a.N. im Schiller-Nationalmuseum die 68er-Revolte kulturindustriell verwurstet werden. Das Schiller-Nationalmuseum ist eine öffentlich-rechtliche Einrichtung, die zu weiten Teilen aus Bundes- und Landesmitteln finanziert wird. Hier erteilt also der Staat den Auftrag zur Ästhetisierung und zur Musealisierung der Revolte von 1968: „Protest! Literatur um 1968" lautet der Titel der Ausstellung, die den Widerstand gegen die kapitalistische Produktionsweise, die Notstandsgesetze, den Vietnamkrieg, den imperialistischen Kolonialismus und Rassismus konsumierbar macht. Ein Bezug zum aktuellen Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse ist nicht vorgesehen.

Damit wird die Revolte historisiert und, dem Bildungsbürgertum adäquat, im Museum präsentiert. Das Museum signalisiert: die Geschichte ist abgeschlossen und die Revolte zu Ende. Wasserwerfer und Polizeiknüppel werden aus zweiter Hand serviert: Hier bleibt die Revolution ungefährlich. Als Begleitprogramm zum Museumsbesuch liefern die öffentlich-rechtlichen Medien die historischen Bilder von '68 ins Wohnzimmer.

Wenn nun die Revolte im Museum gelandet ist, könnte man meinen, daß alles gegessen ist. Doch nach wie vor vorhanden sind die Notstandsgesetze, die Anti-Terrorgesetze von 1977 ff. und inzwischen die Schleifung des Grundrechts auf Asyl und der Große Lauschangriff. Und würde heute ein/e AutorIn oder RedakteurIn eine ähnliche Haltung gegenüber der herrschenden Ordnung erkennen lassen, wie sie im historischen Film- und Textmaterial zum Vorschein kommt, dann Gnade ihm/ihr sein/ihr Chefredakteur oder Rundfunkintendant. GegnerInnen der herrschenden Ordnung finden sich hier nicht mehr.

Weltweit sitzen ProtagonistInnen der Revolte von und nach '68 noch im Knast oder müssen untergetaucht leben. Allein neun Gefangene aus RAF und Widerstand befinden sich noch in bundesdeutschen Gefängnissen. Der Knast ist aber kein Museum. Wenn nun die Musealisierung der Re- →

volte in den staatlichen Museen beginnt, ist nicht einzusehen, warum die staatliche Verfolgung andauern soll. Es ist dann auch für diese Seite an der Zeit, dieses Kapitel abzuschließen. Die politischen Gefangenen müssen raus, die Untergetauchten müssen wieder unter uns leben können. Erst dann läßt sich eine wirkliche politische und historische Auseinandersetzung über ihre Gründe und die gesellschaftlichen Voraussetzungen dieses Kampfes beginnen.

Die Gefangenen sind ein Faustpfand des deutschen Staates. An ihnen soll in guter deutscher Manier ein Exempel statuiert werden. Die Rede von den „gewöhnlichen Kriminellen" straft sich dabei selbst Lügen: Der bundesdeutsche Staat hat bei der Bekämpfung der RAF und anderer bewaffneter Gruppen durch Ausnahmegesetze, Sonderhaftbedingungen, präventive Erschießungen in „Putativnotwehr" und ähnliches zur Genüge gezeigt, daß er sich einen Deut um die Spielregeln bürgerlicher Rechtstaatlichkeit schert, wenn es eben nicht um „Kriminelle", sondern um Staatsfeinde geht.

Unser heutiges Go-In soll dazu beitragen, den politischen Spielraum für die Gefangenen zu erweitern und zugleich klarmachen, daß es noch politische Kräfte gibt, die nach wie vor darauf bestehen, daß alle Verhältnisse, in denen der Mensch ein geknechtetes und unterdrücktes Wesen ist, umzuwerfen sind. Denn der Kampf für eine Gesellschaft, hier und überall in der Welt, in der jeder Mensch auch als Mensch leben kann, ist noch nicht Geschichte sondern geht weiter. Lotta continua!

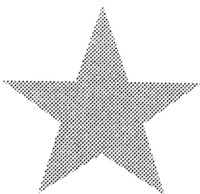
„Ich nehme meine Wünsche für die Wirklichkeit, denn ich glaube an die Wirklichkeit meiner Wünsche."

Initiative für die klassenlose Weltgesellschaft

Deshalb fordern wir das Schiller-Nationalmuseum auf, Partei zu ergreifen und einen Appell zur Freilassung der politischen Gefangenen in die Ausstellung aufzunehmen:

Für die Freilassung aller politischen Gefangenen!
und die Aufhebung aller repressiven Sondergesetze 1977 ff. in der BRD und anderenorts
Freiheit für die Gefangenen der Black Panther Party, der Weather Men und von Lotta Continua
Leben und Freiheit für Mumia Abu Jamal!

Von wegen '68 -
Wir sind noch nicht zu Ende





Nach den Hausdurchsuchungen kam es in mehreren Städten, so in Hamburg (Bild), München und Göttingen zu Demonstrationen. Im folgenden ein Bericht aus Göttingen.

Über 300 demonstrierten in Göttingen gegen Staatsterrorismus

Polizei greift Solidaritäts-Demo an!

Göttingen. Nach den bundesweiten Hausdurchsuchungen gegen den organisierten Antifaschismus (siehe letzte Ausgabe des *Angehörigen Infos*) demonstrierten am 16. Mai 98 über 300 Menschen unter dem Motto „Staatsterrorismus stoppen - Antifaschistisch kämpfen!" ihre Solidarität mit den kriminalisierten Passauer Antifaschistinnen und Antifaschisten. Trotz der kurzfristigen Mobilisierungszeit riefen schließlich über 40 Gruppen und Organisationen, von Autonomen über Uni-Gruppen bis hin zu Parteien wie PDS und Bündnis 90/Die Grünen auf.

Erwartungsgemäß „begleitete" ein massives Polizeiaufgebot die Demonstration von Beginn an, hielt sich aber in der vollen Innenstadt mit weiteren Provokationen zurück. Erst am Leinekanal fand dann der inzwischen wohl übliche Angriff auf die Demo statt. Greiftrupps der berüchtigten Göttinger Bereitschaftspolizei stürmten ohne erkennbaren Grund in den Jugendblock, schlugen wahllos auf die SchülerInnen ein und nahmen einen 15jährigen fest. Der Einsatz hatte mindestens acht Verletzte, drei davon schwerer, zur Folge. Später wurde bekannt, daß dem Festgenommenen „Vermummung" bei einer Spontandemo anläßlich des Mackenrode-Prozesses vorgeworfen wird. Auf der Wache wurden ihm pralle Fotomappen von BesucherInnen des Prozesses vorgelegt, auf denen er sich identifizieren sollte. Es kann mit Spannung erwartet werden, ob diese Fotomappen später genau wie im Mackenrode-Verfahren wieder irgendwelchen Faschisten vorgelegt werden.

Der erneute Angriff auf eine antifaschistische Demonstration wird diesmal allerdings juristische Folgen für die Polizei haben, denn mit dem typischen Fingerspitzengefühl der Göttinger Prügelgarde wurde auch der Demo-Anmelder und PDS-Ratsherr Patrick Humke niedergestreckt. Humke verbrachte zwei Tage im Krankenhaus und hat den Bereitschaftspolizisten Blume bereits wegen Körperverletzung angezeigt. Daß die Polizei daraufhin sofort Gegenanzeige stellt, ist normal. Wenn das Verfahren gegen Blume eingestellt würde, wäre das auch normal. Nicht normal ist allerdings das öffentliche Interesse, daß durch Humkes politische Position entstanden ist. Verstärkt werden dürfte dieses Interesse noch durch Informationen, die der Autonomen Antifa (M) zugespielt wurden: Demnach soll die Einsatzleitung die knüppelnden Beamten mehrfach über Funk zum Rückzug aufgefordert haben. Sollte sich diese Tatsache beweisen lassen, würde erneut öffentlich werden, daß die Bereitschaftspolizei nicht unter Kontrolle zu kriegen ist. Seit ihrer Stationierung in Göttingen fallen die „Beppos" immer wieder durch Knüppeleinsätze, CS-Gas-Sprühereien u.ä. auf, immer wieder hat das auch Verletzte zur Folge. Auf öffentlicher Ebene kann daher die Forderung nur lauten: Bereitschaftspolizei raus aus Göttingen!

In der Praxis müßten auch Konsequenzen gezogen werden, der entsprechende Haß ist bei vielen vorhanden. Viele hätten gerne eine andere Antwort auf die Hausdurchsuchungen gegeben, nach dem Angriff auf die Demo vom 16. Mai sind es sicherlich noch mehr geworden.

Es ist notwendig zu berücksichtigen, daß das politische Kräfteverhältnis ein anderes ist als am 16. Juli 1994, als die Hausdurchsuchungen gegen die Autonome Antifa (M) mit einer militanten Demonstration beantwortet wurden. Auf dieses Kräfteverhältnis gilt es daher Einfluß zu nehmen, die Stimmung in der Stadt muß wieder mehr von links geprägt werden. Dazu gehört auch die Erkenntnis, daß man sich wehren muß, um nicht unterzugehen. Auf welcher Ebene dies geschieht, ist zwar auch abhängig von der eigenen Situation, aber kann und sollte immer auch selbstbestimmt sein.

(aus: Einsatz, Zeitung für autonome Politik, Göttingen, Juni 98)

Totalverweigerung

Rechtsberatung kriminalisiert

Am 20.5. hat das Amtsgericht Braunschweig unter Vorsitz der Richterin Quade-Polley zwei Mitarbeiter der Totalverweigerer Initiative Braunschweig, den Diplom-Mathematiker Detlev Beutner (28) und den Bildhauer Rainer Scheer (28), wegen angeblichen „Verstoßes gegen das Rechtsberatungsgesetz“ (RBerG) in drei Fällen zu einer Gesamtgeldbuße von jeweils 1.300 DM verurteilt. Die Betroffenen haben Rechtsmittel eingelegt.

Beutner und Scheer, selbst Totale Kriegsdienstverweigerer, hatten in den Jahren 1995/96 zwei befreundete Antimilitaristen in deren Strafprozessen wegen „Dienstflucht“ bzw. „Fahnenflucht“ verteidigt. Nach der Strafprozeßordnung können auch Nichtjuristen mit einer Zustimmung des betroffenen Gerichts als Verteidiger zugelassen werden (§ 138 Abs. 2 StPO). Diese Zulassung hatten die beiden Braunschweiger bei den Gerichten in Nordrhein-Westfalen bzw. Schleswig-Holstein jeweils erhalten.

Die Staatsanwaltschaft Braunschweig warf den zwei Mitarbeitern der Totalverweigerer-Initiative vor, sie „hätten sich entschlossen, in einer Vielzahl von Fällen Totalverweigerer in gegen diese anhängigen Strafverfahren zu vertreten“, ohne eine Erlaubnis „zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten“ zu besitzen. Ins Rollen gekommen war das Verfahren, nachdem der Präsident des Amtsgerichts Braunschweig, Brackhahn, eine Dienstaufsichtsbeschwerde der beiden zugelassenen Verteidiger gegen einen Mitarbeiter des Amtsgerichts zu entscheiden hatte, da zunächst Akten am Amtsgericht Braunschweig, welches die Akteneinsicht zu regeln hatte, ‚verloren'gegangen waren und später die Geschäftsstelle das Anfertigen von Kopien aus den Akten verweigern wollte. Brackhahn wandte sich daraufhin an die Staatsanwaltschaft und erklärte: „Beutner und Scheer haben sich als selbst wegen Wehrdienstverweigerung Verurteilte in besonderem Maße mit der Materie der Wehrdienstverweigeriung befaßt. Offenbar gelten sie in Kreisen Betroffener als besonders sachkundig. Es liegt daher nahe, daß sie bei sich bietender Gelegenheit wieder zur Übernahme einer Verteidigung bereit sein werden. Ich bitte, dem Verdacht nachzugehen.“

(aus: LinX 11/98)



Berlin

18 Monate ohne Bewährung wg. Mai-Aktionen

Am 25.5.98 wurde ein 27jähriger Berliner zu einer Freiheitsstrafe von 18 Monaten ohne Bewährung verurteilt. Er soll eine Bierflasche in Richtung Polizei geworfen haben. Getroffen wurde niemand. Der Verurteilte saß seit dem 1. Mai in Untersuchungshaft und hatte sich vor dem Prozeß nicht mit dem Ermittlungsausschuß oder dem Antirepressionsbündnis in Verbindung gesetzt. So erfuhren viele Linke über das Urteil erst aus der Presse. Der innenpolitische Sprecher der Bündnisgrünen in Berlin, Wolfgang Wieland, nannte das Urteil ungewöhnlich hoch. „In den letzten 15 Jahren habe Steinewerfer in Berlin maximal eine Bewährungsstrafe erhalten“, meinte der Rechtsanwalt. Auch aus der PDS kam Kritik an dem harten Urteil. Befriedigung zeigten hingegen die Polizeigewerkschaft und ihr Sprachrohr „Die Welt“. In einem ganzseitigen Aufmacher heißt es dort am 27.5.98 unter der Überschrift „Richtiges Signal an die Gewalttäter“: „Ende der Nachsicht: Künftig müssen in Berlin auch Steinewerfer ohne Vorstrafen mit Haft ohne Bewährung rechnen.“

Das Urteil liegt ganz auf der Linie der Hauptstadt-CDU und des Berliner Innensenators Schönbohm, der in der letzten Zeit mit Sprüchen gegen die multikulturelle Gesellschaft und für Zuzugsstopp für Nichtdeutsche in bestimmten Berliner Bezirken von sich reden gemacht hat. Daß es dabei nicht um die Person des Innensenators, sondern um die Geisteshaltung nach rechts driftender Konservativer geht, hat selbst schon die liberale Frankfurter Rundschau erwähnt. Deren Berlin-Korrespondent Ulrich Fichtner schrieb im April in einem Kommentar: „Es geht etwas vor in Berlin. In ihren Biersälen, Wohnzimmern und Amtsstuben probt ein disparates Heer von Statisten für das Stück: Deutschland den Deutschen. Die CDU-Basis ruft nach Gewerbeverboten für Zuzügler und ‚Ausländerquoten' gegen die ‚Überfremdung'. Feindseligkeit gegen alles Fremde grassiert in den Abteilungen der SPD. Genossen wettern gegen die ‚Flut', die ‚Welle'. Es geht etwas vor.“ Das Bundeswehrgelöbnis am 10. Juni ist wieder eine Gelegenheit, die Hauptstadtfähigkeit Berlins unter Beweis zu stellen. GelöbnisgegnerInnen wurden von Verteidigungsminister Rühe als Pöbel bezeichnet. Die Gegenaktionen sollen an einen Ort verbannt werden, an dem vom Gelöbnis nichts zu sehen und zu hören ist. Ein kritisches Begleitprogramm im stillen Winkel. Das ist es, was die Herrschenden noch an Opposition erlauben wollen.

Peter Nowak

Berlin II

IG Medien protestiert

Der Vorsitzende der IG Medien Berlin-Brandenburg, Günter Kuttner, hat am 25. Mai in einem Offenen Brief an Innensenator Schönbohm gegen die Übergriffe der Berliner Polizei gegen Gewerkschafter/innen, die in Leipzig gegen den NPD-Aufmarsch demonstriert hatten, protestiert:

„Die Delegierten des Landesbezirkstages

1. Mai 1998

Solidaritätsgrüße aus Kopenhagen

Die anarchistische 1. Mai-Demo in Kopenhagen mit ungefähr 400 TeilnehmerInnen sendet viele solidarische Grüße an die Anti-fas, die am heutigen Tag dem Naziaufmarsch in Leipzig offensiv Widerstand leisten. Liebe GenossInnen, unsere Gedanken sind heute bei euch!

Es lebe sdie internationale Solidarität - offene Grenzen für alle!

Zusammen kämpfen!

Einige autonome InitiatorInnen

P.S. Viele Grüße auch besonders an die Gefangenen aus RAF und Widerstand!

(Aus: Interim)

der IG Medien Berlin-Brandenburg haben auf ihrem 4.o. Landesbezirkstag am 9. und 10. Mai folgende Protestnote beschlossen:

Im Rahmen der Teilnahme des Berliner Bündnisses gegen Rechts an der Leipziger Demonstration gegen die NPD/JN am 1. Mai 1998 fuhren zahlreiche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, auch der IG Medien, in Bussen nach Leipzig. Auf dem Rückweg wurden sie an der Stadtgrenze Berlins von der Polizei festgesetzt. Die Insassen wurden gegen ihren Willen in die Gefangenensammelstelle Tempelhofer Damm abtransportiert und mehrere Stunden festgehalten. Begründet wurde dies von den Beamten vor Ort mit dem allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG), nach welchem alle Insassen als potentielle Straftäterinnen und Straftäter eingestuft wurden.

Diese Art und Weise des polizeilichen Vorgehens halten wir für vollkommen unangemessen. Wir sehen darin den Versuch, die teilnehmenden Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der Maidemo von vornherein zu kriminalisieren und ihnen damit auch das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit zu nehmen. Allein die Tatsache, daß Berliner Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter an einer Demonstration teilgenommen haben, die sich gegen den Aufmarsch der NPD/JN richtete, kann nicht Grundlage eines derartigen Polizeieinsatzes sein. Deshalb fordern wir Sie auf:

- die für den Einsatz Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen,
- die aufgenommenen Personaldaten unter Aufsicht des Datenschutzbeauftragten unverzüglich zu löschen,
- eine öffentliche Entschuldigung der Polizei zu erwirken."

(Aus: Berliner Berichte Juni 98)

Prozeßtermine Monika Haas

Inzwischen ist es klar, daß sich der Prozeß noch einmal über die Sommerpause ziehen wird. Geplant sind die Plädoyers der Bundesanwaltschaft für den 3. und 7. August 98, und dann soll es nach der Pause mit den Plädoyers der Verteidiger weitergehen (ab 7. September 98). Das Urteil wäre demnach für etwa Mitte bis Ende September 98 zu erwarten.

Montag, 15. Juni, 13.00 Uhr
Donnerstag, 25. Juni, 10.15 Uhr
Montag, 6. Juli, 10.15 Uhr
Donnerstag, 16. Juli, 10.15 Uhr
Donnerstag, 23. Juli, 10.15 Uhr
Montag, 3. August, 10.15 Uhr
Freitag, 7. August, 10.15 Uhr
Sommerpause 30 Tage

Die Verhandlung ist wie immer im Gerichtsgebäude E, Hammelgasse 1, Saal II, Eingang Konrad-Adenauer-Str., Frankfurt a.M.

Ungeklärter Brandanschlag

auf Wohnung eines linken Journalisten in Prenzlauer Berg

Obwohl politisches Motiv nicht ausgeschlossen, gab es kaum Resonanz

In den Nachmittagstunden des 27. April wurde auf meine ehemalige Wohnung in Berlin / Prenzlauer Berg ein Brandanschlag verübt. Die Täter haben einen Brandsatz an die obere Hälfte der Wohnungstür angebracht. Durch die Explosion wurden Mauerteile herausgebracht, die elektrischen Leitungen hingen lose in der Luft. Sowohl Teile des Treppenhauses als auch des Wohnungsflures wiesen schwere Brandspuren auf.

Zum Glück hielt sich in der Wohnung in der letzten Zeit niemand mehr auf, so daß es keine Verletzten gab. Ich war erst wenige Wochen vorher umgezogen. Direkt über der Wohnung wohnt der letzte Mieter des Hinterhauses. Er wurde durch den Brandgeruch aufmerksam und lief mit einem nassen Tuch vor dem Mund aus dem Haus, um die Feuerwehr zu benachrichtigen. Da er selber kein Telefon hat, hätte für ihn große gesundheitliche Gefahr bestanden. Die Feuerwehr hinterließ am Ort des Geschehens einen Zettel mit dem Vermerk „schwere Brandstiftung". Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der Anschlag mit meiner journalistischen und politischen Tätigkeit zusammenhängt. In dem Hinterhaus machten sich schon in den vergangenen Monaten Neonazis zu schaffen, was an den Aufklebern der jungen Nationaldemokraten und der Nationalen Front zu sehen ist. In der letzten Zeit gab es gehäuft Pressemeldungen über Feindlisten, die Neonazis über antifaschistische Journalisten anlegen. So schrieb Korinna Klasen in einem ND-Artikel vom 20.5.98, daß eine „Arbeitsgemeinschaft nationaler Sozialisten in- und außerhalb der NPD" auf den Internetseiten der neofaschistischen Berlin-Brandenburger Zeitung dazu aufruft, „fleißig Namen und Fotos von Journalisten und Antifaschisten zu sammeln".

Pressemitteilungen über den Anschlag gingen der jungen Welt, der Jungle World, dem Neuen Deutschland und der taz zu. Letztere veröffentlichte im Berlin-Teil einen Beitrag mit dem Foto der zerstörten Tür. Von den anderen Medien kam keine Rückmeldung, obwohl eine Kontakttelefonnummer angegeben war. *Peter Nowak*

Herzliche Glückwünsche zum Geburtstag für Brigitte Kiener (27.6.)

Das Antifaschistische Infoblatt Nr. 43 enthält die Antifa-Nachrichten-Doku „Was geht ab?" Nr. 23. (April/Mai 1998). Dort ist auf Seite II eine Meldung abgedruckt, als deren Quelle Pressemeldungen von November 97 bis Januar 98 sowie AN 3&5/98 angegeben sind. Diese Meldung besagt, daß 64 Unterzeichner aus einem breiten rechtsextremen Spektrum ein Hetzpamphlet „Der Völkermord am deutschen Volk" herausgegeben haben, in dem „alle Deutschen zur Notwehr gegen die Überfremdung" aufgerufen werden. Zu den Unterzeichnern gehören Vertreter u.a. aus Witikobund, NPD, Bündnis für Deutschland, Bund der Goden, Deutsche Liga für Volk und Heimat, ehemalige Reps sowie Autoren rechter Blätter wie z.B. Leitheft des Kameradenkreises der ehemaligen Waffen-SS, Huttenbriefe, Europa Vorn, Ostpreußenblatt, Nation Europa, Nordische Zeitung der Artgemeinschaft etc. Ihre gemeinsame Hetzbroschüre haben diese Herren finanziert, indem sie Geld spendeten auf ein Konto des im hessischen Friedberg tätigen Rechtsanwaltes Günter Lamotte.

Der Arbeitskreis gegen den Kurdenprozeß in Frankfurt fragt:

Was hat die Bundesanwaltschaft mit Rechtsanwälten zu tun, die Konten für rechte Volksverhetzer führen?

Rechtsanwalt Günter Lamotte ist uns aus einem anderen Zusammenhang bereits bekannt: Er ist der Anwalt des Kronzeugen Davut Sermet, der im §129a-Prozeß gegen drei Kurden hier vor dem Oberlandesgericht Frankfurt auftrat und mit kruden Erzählungen die Anklage untermauern sollte. Sermet ist/war ebenso in weiteren Kurdenprozessen als Kronzeuge vorgesehen. Kronzeuge Sermet kam am 17.2.94 in Berlin auf eine Polizeiwache, um Aussagen zu machen. Es dauerte ein paar Tage, bis die Kripo die Sonderermittler des BKA (Bundeskriminalamt) einschaltete, die Sermet dann als Kronzeugen für Prozesse gegen Sympathisanten / Anhänger der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) rekrutierten. Dafür übernahm das BKA die Aufgabe, sich um weiteres Asyl für Sermet zu bemühen. Sermets Asylantrag, den sein damaliger Rechtsanwalt gestellt hatte, war nämlich als nicht begründet eingestuft worden, und die Ausweisung stand an. Die Spezialisten des BKA nahmen Kontakt zum zuständigen Richter am Verwaltungsgericht auf. Im Mai 1994 wechselte Sermet seinen Anwalt, im Februar 1995 teilte das Bundesamt mit, daß Sermet das

sog. Kleine Asyl erhalte.

Interessant ist in diesem Zusammenhang der Wechsel seines Anwaltes, den der Kronzeuge vornahm. Er ließ sich ab ca. Mai 1994 von dem Rechtsanwalt Lamotte aus Friedberg vertreten. Das wurde vor dem OLG Frankfurt in besagtem Prozeß vom Zeugen B., Richter am Verwaltungsgericht Darmstadt, in seiner Aussage am 3.4.1996, vom Zeugen Schmankel (Name phonetisch) aus dem BKA Meckenheim in seiner Aussage am 18.3.1996 sowie dem Zeugen Wallwei (Name phonetisch), ebenfalls BKA Meckenheim und verantwortlich für den Zeugenschutz des Kronzeugen Sermet, in seiner Aussage am 10.6.96 bestätigt.

Und dieser Rechtsanwalt Lamotte wurde dem Kronzeugen von dem Oberstaatsanwalt Schluckebier (Name phonetisch) empfohlen, der bei der Bundesanwaltschaft für die Kronzeugenregelung für H. Sermet zuständig war und mit diesem auch das Kronzeugengespräch geführt hatte.

Der zuletzt genannte Zeuge Wallwei erläuterte am 10.6.96 auf Nachfrage des Richters den Anwaltswechsel. Frage des Richters: Wer hat H. Lamotte als Anwalt ausgesucht, wurde er von Herrn Sermet ausgesucht? Antwort des Zeugen Wallwei: Der Vorschlag kam über die Generalbundesanwaltschaft, über Herrn Schluckebier. Es sind verschiedene Vorgespräche gelaufen. Im September 1994 habe ich mich mit H. Lamotte ohne H. Sermet in Verbindung gesetzt und ein allgemeines Gespräch über Zeugenschutz geführt, weil er noch nicht damit befaßt war. Habe mit ihm über Sermets Persönlichkeit gesprochen. Er hat mir eine Vollmacht mitgegeben, welche Sermet unterzeichnete.

Ein Herr der Generalbundesanwaltschaft schlägt also einen Anwalt für einen kurdischen Kronzeugen der Generalbundesanwaltschaft vor.

Dieser Anwalt führt ein Konto für rechte Hetzer, die Pamphlete gegen „Überfremdung" verbreiten.

Diese Verquickung muß aufgeklärt werden!

Die Generalbundesanwaltschaft ist durch ihren früheren obersten Dienstherrn von Stahl bekannt, der rechtskonservative Aufrufe unterzeichnete und die FDP auf „rechten" Kurs bringen will.

Wenn diese Denkens- (und Handelns-)art in der Bundesanwaltschaft durchgängig ist, braucht sich keiner mehr zu wundern, warum Neofaschisten oftmals unbestraft und unverfolgt ihr Unwesen treiben können, Antifaschisten dagegen mit Strafverfahren und Versammlungsverboten schikaniert werden.

Arbeitskreis gegen den Kurdenprozeß, Berger Str. 277, 60385 Frankfurt

P.S. Eine Broschüre über das 1. Jahr des Prozesses gegen drei kurdische Politiker vor dem OLG Frankfurt ist für DM 2,- und Porto bei uns zu bestellen.

Isaac Velazco

Das BKA konstruiert wieder

Am 5. Mai durchsuchten Beamte des Bundeskriminalamtes mit Hilfe von Hamburger Polizei die Wohnung von Isaac Velazco und seiner Frau Norma (das Angehörigen Info berichtete). Neun Stunden durchwühlten sie die Wohn- und Arbeitsräume, kopierten die Festplatte des Computers und beschlagnahmten zahlreiche Briefe, Disketten, Videos und andere Arbeitsmaterialien. Bereits im September des letzten Jahres verhängte die Hamburger Ausländerbehörde gegen Isaac Velazco ein politisches Betätigungsverbot, das noch nicht rechtskräftig ist. Isaac Velazco ist Europasprecher der MRTA, seine Frau Norma betätigte sich schon in Peru als Menschenrechtsaktivistin. Vor vier Jahren sind die beiden nach Deutschland geflüchtet und wurden hier als politisch Verfolgte anerkannt. (...) Im folgenden Interview befragten wir Velazcos Anwalt Hartmut Jacobi zu der Razzia. Die Fragen stellte ari.

Gibt es in diesem Fall eine Zusammenarbeit zwischen deutschen und peruanischen Behörden?

Das kann man ohne Akteneinsicht nicht feststellen, und ob es in den Akten drinsteht, weiß man auch nicht. Man kann es also nur befürchten, aber nicht bestätigen. Ich vermute, daß auf Druck der peruanischen Behörden gehandelt worden ist. Wir haben in dem Äußerungsverbotsverfahren, das hier von der Ausländerbehörde Hamburg ausgeführt worden ist, umfänglich Akteneinsicht gehabt, und aus dem Verfahren wurde sehr deutlich, daß immer wieder über die peruanische Botschaft und das peruanische Konsulat Druck auf die Hamburger Behörden ausgeübt worden ist, etwas gegen die Velazcos zu unternehmen. Die Ausländerbehörde hat sich lange Zeit dagegen gewehrt, überhaupt etwas zu machen. Die Staatsanwaltschaft, die damals ebenfalls gefragt worden ist, ob sie in der Tätigkeit der Velazcos irgendeine strafbare Handlung erkennen könnte, hat das verneint. Erst als Innenminister Kanther einen Brief an den Hamburger Innensenator Wrocklage geschickt hat, wurde am 12. September 1997 dieses politische Betätigungsverbot erlassen. Wir haben dann sofort Widerspruch eingelegt. Der Widerspruchsbescheid kam



Mehrere zehntausend Kurdinnen und Kurden nahmen am 6. Juni an einer großen Demonstration „Für Einigkeit und Freiheit in Kurdistan" teil. In zwei kilometerlangen Marschsäulen marschierten sie zur Abschlußkundgebung nahe der Westfalenhalle. Zwei Jahre nach den schweren Krawallen im Zusammenhang mit einer damals verbotenen kurdischen Friedensdemonstration hielt sich die Polizei dieses Mal zurück, so daß eine große „Volksfeststimmung" aufkam. Auch ein Versuch des Bundesinnenministeriums, durch ein Rundschreiben an Busunternehmer die Aktion noch zu behindern, blieb weitgehend folgenlos.

Ulla Jelpke, Hans Branscheid, der italienische Kurdistan-Aktivist Dino Frisullo, ein griechischer Abgeordneter, der frühere dänische Ministerpräsident Anker Jörgensen sowie kurdische Rednerinnen und Redner sprachen oder schickten Grußadressen. Immer wieder gefordert wurde ein Stopp der Abschiebung von kurdischen Flüchtlingen, ein Stopp der Waffenlieferungen an die Türkei, die Aufhebung des PKK-Verbots und Schritte zu einer politischen Lösung des Kurdistan-Konflikts.

am 15. Mai 1998. Wir sind beauftragt, nun Klage beim Verwaltungsgericht Hamburg zu erheben. Dies wird fristgemäß geschehen.

Besteht ein Zusammenhang zwischen den beiden Verfahren?
Ein Zusammenhang besteht eben nur, daß, wie ich annehme, in beiden Fällen politischer Druck aus Peru ausgeübt worden ist und daß es den peruanischen Behörden nicht gefallen hat, daß dieses Äußerungsverbot so wenig Konsequenzen gehabt hat. Und ich könnte mir vorstellen - das ist nicht nur Spekulation, aber auch nicht viel mehr -, daß die peruanischen Behörden sich dann noch einmal über die deutsche Botschaft oder direkt über das Außenministerium an die deutschen Behörden gewandt und geben haben, erneut gegen die Velazcos vorzugehen. Möglicherweise hat man aus Peru auch Material geliefert. Vielleicht hat das den Verdacht der deutschen Behörden auch erst entstehen lassen oder verstärkt. Jetzt besteht natürlich die Gefahr, daß so etwas wie ein Austausch der Materialien stattfindet, die sie bei der Razzia beschlagnahmt haben. Peru und die Bundesrepublik stehen sich ja nicht gerade feindlich gegenüber, und Geheimdienstkontakte, ob nun über Vermittlung der USA oder direkt, kann man ebensowenig ausschließen. Es gibt bestimmt genügend Leute, die sich dafür interessieren.

Was können die Konsequenzen aus dem Verfahren sein? Ist es möglich, daß Isaac Velazco an Peru ausgeliefert wird?
Solange er als Asylberechtigter anerkannt ist, geht das nicht. Wenn ihm die Straftaten nachgewiesen würden, derer man ihn jetzt beschuldigt, könnte man ihm den Status aberkennen. Aber selbst dann würde man angesichts der Menschenrechtsverhältnisse in Peru wohl davon absehen, ihn abzuschieben. Die Asylgewährung ist ja nicht nur ein Indiz, sondern die Feststellung, daß Verfolgung in Peru droht. Und es gibt genügend Nachweise dafür, daß politische Gefangene in Peru menschenrechtswidrig behandelt werden.
Auszüge aus einem Interview im ak Nr. 415 vom Juni 1998)

Eine Delegation wird vom 13.6. bis 26.6. in Deutschland sein

Rundreise der Samstagsmütter aus Istanbul

Am 27. Mai 1995 traf sich zum ersten Mal eine kleine Gruppe der Mütter vor dem Galantasaray-Gymnasium in Istanbul, um eine Mahnwache durchzuführen. Die Parole dieser Mütter war: „Ihr habt unsere Kinder lebendig genommen! Wir wollen sie lebendig wieder haben!" Mit dieser Aktion wollten sie international eine Öffentlichkeit und Aufmerksamkeit schaffen.

Nach kurzer Zeit beteiligten sich noch mehr Menschen an dieser Aktion. Sie waren die Angehörigen und Mütter von in Kurdistan und der Türkei „Verschwunden-gelassenen" Oppositionellen, Revolutionären, Journalisten und Demokraten.

Das Verschwindenlassen wurde zum ersten Mal von den Nazis in den von ihnen besetzten Gebieten angewandt. Durch die Unwissenheit, was mit ihren Angehörigen passiert ist, beabsichtigten sie, in der Bevölkerung eine große Verzweiflung auszulösen. In den 70er Jahren wurde das Verschwindenlassen in großem Maße in den Militärdiktaturen Chiles und Argentiniens angewandt. Bis heute werden Menschen in Kolumbien, Peru, Zaire, auf den Philippinen u.a. „verschwunden gelassen".

Seit genau drei Jahren setzen die „Samstagsmütter" ihre Sitzaktionen trotz Repressionen der türkischen Polizei mit großem Mut und Ausdauer fort. Entweder wurden die „Verschwundenen" später tot aufgefunden oder man weiß bis heute nicht, wo sie geblieben sind. Eins steht aber fest: Der Staat ist dafür verantwortlich!

Zum ersten Mal drang der Protest der Samstagsmütter an die internationale Öffentlichkeit, als sie während der HABITAT-Konferenz der Vereinten Nationen 1996 in Istanbul eine Aktion durchführten. Sie wurden brutal angegriffen, viele verhaftet. In ganz Europa, in Amsterdam, London, Zürich, Hamburg und Köln gründeten sich Solidaritätskomitees mit dem Widerstand der Samstagsmütter aus Kurdistan und der Türkei. Sie erhielten Unterstützung von einer Delegation der Mütter des Playo de Mayo aus Argentinien und von anderen Gruppen, die zu ihrer Mahnwache in Istanbul kamen.

In Berlin wurden sie mit dem Ossietzky-Preis ausgezeichnet. Von der internationalen Liga für Menschenrechte erhielten sie 1996 den Menschenrechtspreis für ihre mutige Arbeit.

Warum kommen die Samstagsmütter nun nach Deutschland?

Die deutsch-türkischen Beziehungen sind traditionell und gehen weit bis ins letzte Jahrhundert zurück. Die BRD unterstützt die Türkei wirtschaftlich, politisch und auch militärisch sowie in der polizeilichen Zusammenarbeit. Die Polizei ist wesentlich an dem Verschwindenlassen von Menschen beteiligt.

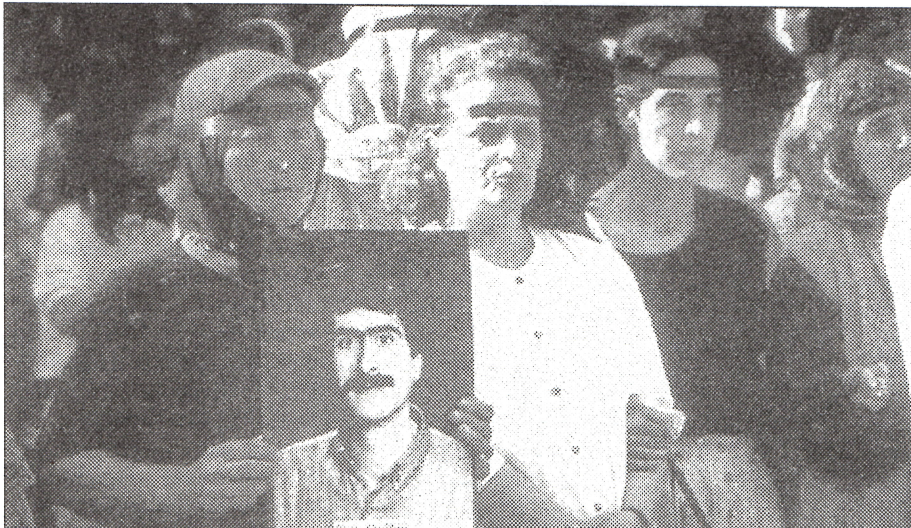
Die Rundreise soll das Anliegen der Mütter gegenüber der deutschen Öffentlichkeit bekannt machen. Sowohl im Bundestag in Bonn als auch in den Landtagen von NRW, Hessen, Rheinland-Pfalz, Bremen, der Hamburgischen Bürgerschaft und dem Berliner Senat sind Informationsgespräche geplant.

Wir wünschen den Samstagsmüttern schon jetzt eine erfolgreiche, solidarische Rundreise in Deutschland.
(Hamide Akbayir, Mitglied im Ausländerbeirat in Köln)

•

Die „Informationsstelle Kurdistan" in Köln organisiert zusammen mit Kurdistan-Informationszentrum Köln, Aachener Friedenspreis, Terres des Femmes, medico mondiale e.V., Frauenverband Courage und Bundesvorstand Bündnis 90/Die Grünen die Rundreise und vermittelt auch Interviewtermine. Bisher sind folgende Termine vorgesehen:

13.6. Samstag Düsseldorf:
Demonstration für Abschiebestop, Bleiberecht und politische Friedenslösungen (anläßlich Kirchenwanderasyl)
14.6. Sonntag Köln:
ca. 10.00 Uhr Kundgebung Domplatte
18.00 Uhr Veranstaltung, Volkshochschule



Forum II, Josef-Haubrich-Hof, (Neumarkt)
15.6. Montag Köln:
politisches Gespräch im Rathaus, Pressekonferenz

15.6. Montag Bonn:
politische Gespräche
16.6. Dienstag Bonn:
11.00 Uhr Kundgebung Kunstmuseum, weitere politische Gespräche

16.6. Dienstag Aachen
(evtl. Besuch im Rathaus, Veranstaltung
17.6. Mittwoch Düsseldorf
politische Gespräche im Landtag NRW, evtl. auch Landesregierung. *17.00 Uhr Kundgebung Carsch-Haus. 19.00 Uhr Veranstaltung CVJM-Haus*, Graf Adolf-Str. 102

18.6. Donnerstag Hamburg
18.30 Uhr Veranstaltung Werkstatt 3, Nernstweg
19.6. Freitag Hamburg
politische Gespräche in der Bürgerschaft
17.00 Frauenveranstaltung mit INCI
20.6. Samstag Hamburg
12-15 Uhr Kundgebung Altona, Ottensener Hauptstr. (Bismarkbad)

21.6. Sonntag Berlin
12.00 Kundgebung Breidscheidplatz
16.00 Uhr Veranstaltung TU
22.6. Montag Berlin
9.30 Uhr Pressekonferenz im Abgeordnetenhaus
22.6. Montag Leipzig
19.00 Veranstaltung
23.67. Dienstag Leipzig
politische Gespräche, Pressehintergrundgespräche. *14-16 Uhr Kundgebung Marktplatz*
23.6. Dienstag Dresden
evtl. politische Gespräche im Landtag
24.6. Mittwoch Buchenwald
Besuch der KZ-Gedenkstätte

24.6. Mittwoch München
(abends) Veranstaltung
24.6. Mittwoch Stuttgart
(abends) Veranstaltung
25.6. Donnerstag München
politische Gespräche
25.6. Donnerstag Stuttgart
politische Gespräche
25.6. Donnerstag Karlsruhe
(abends) Veranstaltung

26.6 Freitag Frankfurt
20.00 Uhr Veranstaltung Kurdisches Zentrum
26.6. Freitag Wiesbaden/Mainz
politische Gespräche
27.6. Samstag Frankfurt
Demonstration gegen die Eröffnung der Europäischen Zentralbank

*Es können sich noch Veränderungen ergeben. Bitte die genauen Termine bei den örtlichen Kurdistangruppen oder unter Tel.: 0221/9234498 erfragen

❑

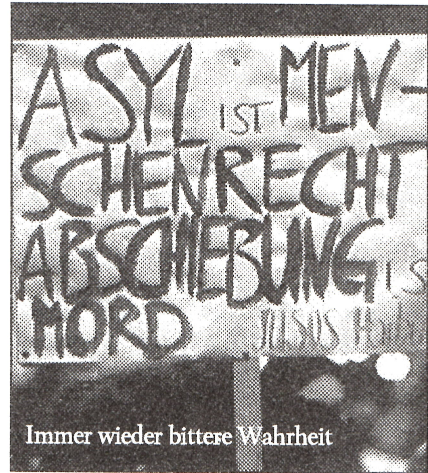
9. Juni 1998

Abschiebung ins Gefängnis

Sämtliche 62 Nigerianer, die am vergangenen Donnerstag aus Düsseldorf nach Lagos deportiert wurden, sind in Nigeria in Haft genommen worden. Mit dem gestrigen Tod des Militärdiktators Abacha hat sich die Menschenrechtslage in Nigeria nach Meldungen nigerianischer Menschenrechtsorganisationen drastisch verschlechtert. Nur wenige Stunden nach dem plötzlichen Tod des Militärdiktators Abacha ist der bisherige Generalstabs-Chef Abubakar als neuer Präsident vereidigt worden. Abubakar gilt als Hardliner und war unter Abacha der Mann für das Grobe. Verschwundene, Hingerichtete, Gefolterte, Attentate gingen und gehen auf sein Konto.

Prison Watch International e.V. fordert daher von der Bundesregierung, einen sofortigen Abschiebestopp nach Nigeria und zu veranlassen, die geplanten Massenabschiebungen aus Bayern und Niedersachsen, welche die Innenminister Beckstein und Glogowski planen, sofort auszusetzen.

Prison Watch International e. V.
Spenden für die Nigeria-Kampagne an Prison Watch International e.V. Volksbank Göttingen Kt: 101021200 BLZ: 260 900 50 Kennwort: Nigeria



Immer wieder bittere Wahrheit

Kiel

Zur Besetzung des Landeshausesl

Am 22. Mai besetzten 23 türkische Menschen gegen 9 Uhr morgens einen Konferenzsaal im Landeshaus der Landesregierung Kiel. Sie verhielten sich dabei durchgängig gewaltfrei. Ihr Ziel war es, die deutsche Öffentlichkeit über ein neues Verbrechen des türkischen Staates und seiner kriminellen Helfer zu informieren. Am 31. März wurden die vier türkischen Oppositionelle und Menschenrechtsaktivisten, Metin Andac, Neslihan Uslu, Mehemet Ali Mandal und Hasan Aydogan entführt. Seitdem hat niemand mehr von ihnen gehört, es muß davon ausgegangen werden, daß sie ermordet wurden. Dieses „Verschwinden lassen" ist eine der Methoden, mit denen sich der türkische Staat unangenehmer Oppositioneller entledigt.

Die deutsche Regierung arbeitet politisch, wirtschaftlich und nicht zuletzt militärisch mit der Türkei zusammen. Sie ist mit dafür verantwortlich, daß sich die türkische Regierung mit ihrer mafiosen Verstrickung in kriminelle und terroristische Verbrechen immer noch an der Macht halten kann.

Die 23 Besetzer/innen machten von Anfang an klar, daß es ihnen nur darum ging, eine Presseerklärung zu verlesen und mit schleswig-holsteinischen Politikern über mögliche Solidaritätsinitiativen zur Rettung der Leben der vier Verschwundenen zu diskutieren. Von dem Mitglied des Landtages Herrn Kubicki wurde ihnen zugesagt, daß der Landtag keine Anzeige gegen sie wegen Hausfriedensbruches stellen würde, er sich überhaupt nicht durch ihre Anwesenheit gestört fühle.

Trotzdem nahm ein Sondereinsatzkommando der Polizei die Besetzer/innen äußerst brutal fest, nahm alle Personalien auf und hielt zwei Personen stundenlang fest. Die Festgenommenen zogen sich eine Gehirnerschütterung, etliche Quetschungen und Prellungen sowie erhebliche Hämatome zu. Neben diesen Tätlichkeiten wurden alle 23 Besetzer/innen aufs übelste beschimpft. Insbesondere wurde ihnen mehrfach angedroht, man würde sie „wie die türkische Polizei" behandeln.

Der besondere Zynismus dieser Drohung wird deutlich, wenn man sich klar macht, daß diese Menschen teilweise nach Folterungen durch die türkische Polizei von dort geflohen sind, und von hier gegen die unmenschlichen Menschenrechtsverletzungen der türkischen Polizei kämpfen.

Für den Polizeiangriff gab es keinerlei Rechtfertigung. Vielmehr wäre es ein Zeichen der Humanität und Demokratie gewesen, gemeinsam mit den Besetzer/innen ihren Forderungen nach Freilassung der Verschwundenen Nachdruck zu verleihen.

Wir fordern daher die Landesregierung auf, die Ermittlungsverfahren gegen die Besetzer/innen einzustellen und sich dafür einzusetzen, daß das Schicksal von Metin Andac, Neslihan Uslu, Mehemet Ali Mandal und Hasan Aydogan aufgeklärt und sie, wenn dies noch möglich ist, freigelassen werden.

Rote Hilfe Ortsgruppe Kiel; Prison Watch International Ortsgruppe Kiel

❑

Istanbul / Türkei

Prozeß gegen die Wochenzeitschrift Kurtulus

Kurtulus ist eine der größeren oppositionellen Zeitungen in der Türkei. Sie hat eine Auflage von über 30.000 Exemplaren und ist weit verbreitet und sehr bekannt. Sie berichtet über den wachsenden Widerstand, die wachsende Opposition in der Türkei. Damit ist Kurtulus dem Regime ein Dorn im Auge. Derzeit befinden sich mehr als 20 MitarbeiterInnen im Gefängnis, obwohl die Zeitung legal ist. Immer wieder wurden MitarbeiterInnen, VerteilerInne und LeserInnen angegriffen und auch ermordet.

Seit dem 15. Mai findet vor dem Staatssicherheitsgericht in Istanbul ein Prozeß gegen mehrere MitarbeiterInnen der Zeitschrift statt. (...) Am Ende des ersten Verhandlungstages wurden alle verhafteten Personen freigelassen, jedoch nicht freigesprochen. Der Prozeß wird fortgeführt. Nach der Bewertung der AnwältInnen des Rechtsbüros des Volkes scheint der Prozeß auf eine Verurteilung hinauszulaufen. Wie willkürlich dieser Prozeß verläuft, zeigte sich auch an einem Vorfall des ersten Verhandlungstages. Ein Staatsanwalt hat einen beschlagnahmten Computer als der DHKP/C zugehörig deklariert. Dieser Computer wurde jedoch nicht an das Gericht übergeben und befand sich noch in der Hand der Polizei.

Der 2. Verhandlungstag wird am 27.7. im sechsten Staatssicherheitsgericht in Istanbul stattfinden.

Rote Hilfe Ortsgruppe Kiel

Erklärung des Rechtsbüro des Volkes

In der letzten Zeit, in der die Repression sich intensiviert hat, fand ein weiterer Angriff am 17.2.98 gegen die Wochenzeitschrift Kurtulus statt. Die Sicherheitskräfte haben nach der Verwüstung der Redaktionsräume die Mitarbeiter fast zu Tode prügelnd über den Boden schleifend festgenommen. Von den insgesamt 32 festgenommenen Personen sind vier Mitarbeiter der Zeitung sowie die Herausgeberin der Zeitschrift Tavir in das Gefängnis von Ümraniye verlegt worden. Die Journalisten wurden sechs Tage lang in der Antiterroreinheit gefoltert. Sie wurden gezwungen, sich als Mitglieder einer Organisationauszugeben. Journalisten, die dies nicht akzeptierten, darunter Hamdi Kayisi, der Chefredakteur der Zeitung, sowie die JournalistInnen der Zeitung Banur Güdenoglu und Zehra Kurtay, Sengül Akkurt und Aynur Cihan, wurden ohne jegliche konkrete Begründung verhaftet. Weiter wurde durch ein offizielles Gutachten eine Sachbeschädigung im Wert von 612 Mio. TL festgestellt. Zehn Tage nach dem Übergriff gegen die Zeitung wurden der Herausgeber Murat Ilk und der Chefredakteur Benjamin Bidjer ebenfalls in U-Haft genommen und in die Anklage aufgenommen. Zusammengefaßt hat dieser Übergriff das Ziel, die freie Presse in einer geplanten und systematischen Weise zum Schweigen zu bringen. (...)

Chile

Hungerstreik der politischen Gefangenen

Hungerstreik- und Abbrucherklärung

1. Wir Frauen, politische Gefangene, von der chilenischen Koalitionsregierung im Hochsicherheitsgefängnis COF eingesperrt, beginnen heute, Montag, den 13. April, um 24 Uhr einen Hungerstreik auf unbestimmte Zeit. Wir fordern Freiheit für die mehr als 100 politischen Gefangenen in Chile.

2. Während der Koalitionsregierungen wurden wir politischen Gefangenen verschiedenen Mißhandlungen ausgesetzt: Folterungen, Schlägen und Vergewaltigungen bei unserer Festnahme. Spezielle Gesetze mit irregulären juristischen Verfahren und mit exemplarischen und von der Norm abweichenden Strafen. Unmenschliche und repressive Haftbedingungen, verstärkt durch dauernde Belästigungen des Personals.

3. Während der acht Jahre, die diese „demokratische" Regierung schon dauert, kämpften wir unbeirrbar für unsere Rechte und für die unseres Volkes. Heute tun wir das für unsere Freiheit.

4. Schließen uns auch der Forderung nach Freiheit für Patricio Ortiz in der Schweiz und für alle chilenischen politischen Gefangenen in Peru und Brasilien an.

5. Heute, da der neoliberale Kapitalismus die Ressourcen des Landes zum Nutzen einiger weniger und zum Schaden der Mehrheit verschlingt, da das Militär seine Macht auch im Kongreß zur Schau stellt, da die Straflosigkeit durch die Koalitionsregierung verteidigt wird, bekräftigen wir Frauen, politische Gefangene im Hochsicherheitsgefängnis COF, die Legitimität unseres Kampfes für die Würde und die Freiheit unseres Volkes.

Freiheit für die politischen Gefangenen
Santiago, 13. April 1998

Wir brechen den Hungerstreik ab, überzeugt, daß die Realität der politischen Gefangenen daran ist, in einer weiteren Öffentlichkeit bekannt zu werden. Überzeugt auch, daß neue Kämpfe kommen werden, neue Bewegungen.
Santiago, 19. April 1998
Politische Gefangene, Hochsicherheitsgefängnis COF



30.000 demonstrierten Ende Mai in Montevideo, Uruguay. Sie fordern Aufklärung über das Schicksal der unter der Militärdiktatur 1973-85 „Verschwundenen".

Patricio Ortiz

Aktueller Stand des Verfahrens

Wir kämpfen weiter - mit eurer Unterstützung

Patricio sitzt nun seit über acht Monaten in Auslieferungshaft im Gefängnis auf dem Flughafenareal in Kloten (Schweiz). Trotz fundierter rechtlicher Argumente gegen das Auslieferungsbegehren der chilenischen Behörden und umfassender Information über die politische Repression und juristische Willkür in der „Demokratie" von Pinochets Gnaden bewegt sich hier nichts. Im Gegenteil: Die zuständigen Bundesämter - BPA und BFF - verschanzen sich hinter einer formaljuristischen Mauer. Auf Anfrage unsererseits teilen sie lediglich lakonisch mit, daß sie den „Fall" intensiv bearbeiten.

Die Schweizer Behörden betreiben eine bewußte Hinhaltetaktik. Sie wollen unter den Tisch wischen, daß sie von Anfang an mit den Repressionsorganen Chiles kollaboriert hatten, als sie diesen bei der Ausformulierung des Auslieferungsgesuches halfen.

Es ist Hinhaltetaktik, wenn das BPA die AnwältInnen von Patricio Anfang dieses Jahres auffordert, zu den absolut lächerlichen Garantien, welche das Oberste Gericht Chiles im Falle einer Auslieferung Patricios abgab, Stellung zu nehmen. Wie soll ein Gericht die Unversehrtheit einer Person garantieren, wenn dieses Gericht gar keine Kontrolle über die Repressionsorgane hat? Wie kann ein Gericht garantieren, daß Patricio nur seine Reststrafe absitzen muß und die noch hängigen Verfahren gegen Patricio nicht eingeleitet werden? Das Oberste Gericht Chiles kann dies nicht garantieren,

weil es in Chile gar kein Gesetz über internationale Rechtshilfe gibt. Genauso wenig hat der Oberste Gerichtshof Chiles die Kompetenz darüber, ob weitere Strafverfahren gegen Patricio eingeleitet wurden.

Mit der ganzen Hinhaltetaktik wollen sie den Widerstand gegen die drohende Auslieferung zermürben. Die endlose Warterei ist für Patricio, wie für alle, die monatelang in einer solchen Ungewißheit verharren, verheerend. Traumatisiert durch die wiederholte Folter und die sechs Jahre Haft im Hochsicherheitsgefängnis CAS von Santiago muß er permanent mit der Angst vor einer erneuten Konfrontation mit der menschenverachtenden chilenischen Militärjustiz leben, was seine körperliche und psychische Integrität zunehmend beeinträchtigt.

So zermürbend diese Erfahrung ist, macht sie uns auch wütend, und wir werden alles mögliche daran setzen, weiterhin für die Freilassung von Patricio und seine Anerkennung als politischer Flüchtling zu kämpfen. Die große Solidarität von verschiedensten Gruppen und Einzelpersonen in der Schweiz, aber auch aus dem Ausland, die Patricio erfährt, gibt ihm und auch uns die Kraft, uns nicht kleinkriegen zu lassen.

Das Engagement für Patricio hat sowohl eine menschliche als auch eine allgemeine politische Dimension. Die andauernde Inhaftierung von Patricio ist ein Schlag ins Gesicht gegen alle Frauen und Männer, die in Chile wie auch überall auf der Welt für soziale Gerechtigkeit und für die Garantie der Menschenrechte gekämpft haben und heute immer noch für die Forderungen kämpfen müssen. Mit einer Auslieferung von Patricio würde sich der Schweizer Staat ein weiteres Mal in die Reihe jener Staaten stellen, welche jeglichen Widerstand gegen staatliche Folter und Unterdrückung als kriminelle Aktivitäten qualifizieren und verfolgen.

Dieser Kriminalisierung müssen wir gemeinsam entgegentreten. Es kann und darf nicht sein, daß z.B. das Bundesamt für Polizeiwesen den unhaltbaren „Garantien" - in sich widersprüchlichen Erklärungen der chilenischen Justiz - nachgibt. Es darf nicht sein, daß das Regime von Pinochets Gnaden in Chile mit dieser Auslieferung als „Demokratie" legitimiert wird. All die Verantwortlichen für die über 2.000 Toten, über 1.000 Verschwundenen und Zehntausende von gefolterten, inhaftierten Menschen der Zeit von 1973 bis heute sitzen immer noch straffrei in Armee, der Polizei und dem Staatsapparat.

Der Kampf für die Freiheit und die Anerkennung von Patricio als politischer Flüchtling ist für uns ein Kampf gegen die Verachten von Menschenrechten, für die Solidarität mit politischen Gefangenen hier und in Chile und für die Solidarität mit allen politisch Verfolgten.

(Den Artikel entnahmen wir dem Rundbrief des Solidaritätskomitees „Freiheit für Patricio Ortiz", Mai 1998)

22. Mai 1998 – Peoples' Global Action

Polizeiterror in Genf

Eine skandalöse Repressionswelle hat Genf erfaßt. Die Polizei ist in einer in Genf bisher nie dagewesenen Weise mehrmals illegal vorgegangen. Die Bewegungsfreiheit der Menschen wurde eingeschränkt, Jugendliche wurden grundlos beim Spazierengehen auf der Straße angehalten und verhaftet. Sechzig Leute, die im Kulturzentrum „Artamis„ übernachteten, wurden morgens um zwei im Schlaf von der Polizei geweckt, die das Areal umstellt hatte. Sie wurden alle verhaftet. Mehrere Betroffene sprachen von totalitären oder gar faschistischen Polizeimethoden.

Um das Ausmaß der Repression hier in Genf während der WTO-Tagung zu verdeutlichen, senden wir im folgenden Berichte von Betroffenen im Originaltext. Es sind zwei Beispiele aus hunderten: Eltern, die ihre Kinder nicht anrufen durften, Minderjährige, die sich nicht bei ihren Eltern melden durften. Verletzte, die nicht behandelt wurden. Menschen, über deren Verbleib tagelang Unklarheit herrschte. Gefangene, die gezwungen wurden, sich zu fünft ein Bett in einer Zelle zu teilen. 12 Stunden Haft ohne Getränke und 24 Stunden ohne Essen waren keine Ausnahme. ParlamentarierInnen wurde ihr Recht auf den Besuch von Gefangenen verweigert. Wer bei der Polizei die Aussage verweigerte, wurde automatisch für acht Tage in Haft gehalten. Denjenigen, denen die Teilnahme an einer Demonstration unterstellt wird, droht eine Anklage wegen Landfriedensbruch. Eine individuelle Gesetzüberschreitung gilt als nicht notwendig - eine friedliche Wahrnehmung des Rechtes auf freie Meinungsäußerung bei einer Demonstration, selbst als ZuschauerIn, gilt bereits als kollektive Schuld. Der Richter begründete dies mit der Ausnahmesituation eines „Aufruhrs". Über 60 Menschen mußten sich nach Mißhandlungen im Krankenhaus behandeln lassen. Dazu kommt eine ungewisse Zahl von Verletzten, die sich bei weiteren ÄrztInnen behandeln ließen. Mehrere am Montag inhaftierte Frauen traten in einen Hungerstreik, drei in einen Durststreik. Letztere wurden schließlich Donnerstagnachmittag entlassen.

Mindestens 21 Menschen sind noch in Haft, ungefähr 120 Menschen droht ein Prozeß.

Heute wurde bei einer Anhörung ein 20jähriger Mann aus Zürich für einen weiteren Monat Untersuchungshaft einbehalten, weil er folgende Gegenstände bei sich trug : Knieschoner, eine Perücke und einen Zettel mit seinen Rechten im Falle einer Verhaftung. Er spazierte friedlich am Seeufer. Insbesondere auf letzteres wurde in der Urteilsbegründung besonders hingewiesen. Die nächste Anhörung ist erst am Dienstag, den 26. Mai 1998.

1. Beispiel

Die Festnahme der betroffenen Frau aus Deutschland und ihren beiden BegleiterInnen erfolgte am 18.5.1998. Mehrere hundert Festnahmen erfolgten seit dem vergangenen Sonntag auf diese Art und Weise. „ Ich habe den Genfer See noch nicht zu sehen bekommen „, so die Bilanz eines Niederländers nach dreitägigem Aufenthalt. Er war dreimal auf der Straße verhaftet worden. „Wir liefen am Montagnachmittag gegen 15.30 Uhr durch eine Einkaufsstraße in der Genfer Innenstadt. Ein Streifenwagen der Schweizer Polizei fuhr schräg vor uns auf den Gehweg, ein Mann und eine Frau stiegen aus. Sie sprachen uns auf Französisch an, es handele sich um eine Paßkontrolle. Unsere Frage nach dem Warum wurde nicht beantwortet. 'Paßkontrolle, Paßkontrolle.' Wir gaben ihnen unsere Ausweise. (...) In der Wache stecken sie uns einzeln in Arrestzellen. Wir müssen uns entkleiden, Kleidung und Körper werden sorgfältig kontrolliert. Dann gehen die Türen zu. Noch immer kein Wort der Erklärung. Wir haben uns dann durch die Zellenwände versucht zu verständigen. Daraufhin wurde bei mir das Licht ausgeschaltet. Nach ungefähr einer Dreiviertel Stunde gingen die Türen auf. (...) Man sagt uns, wir werden an einen speziellen Ort gebracht, sonst nichts. Nach einer kürzeren Fahrt kamen wir an einem Zivilschutzbunker am Rande von Genf an. Wir fuhren in eine Tiefgarage. Das erste, was wir sahen, war, daß ca. acht Menschen mit Handschellen rund um eine Betonsäule gekettet waren. Das heißt, sie standen mit dem Rücken zur Säule, und eine Hand einer Person war mit der Hand der anderen Person mit Handschellen verbunden. Genau dasselbe haben sie mit uns an einer anderen Säule gemacht. Wir waren über fünf Stunden an die Säule gekettet. (...) Sie haben uns in der Zeit, in der wir an die Säulen gekettet waren, eine Flasche Wasser, einen Apfel und eingeschweißte Schinkenbrote gebracht. Aber wie soll man die Sachen essen, wenn man mit beiden Händen an eine jeweils andere Person gekettet ist, die ihre auch benutzen möchte? Das gleicht einer Farce.

Des weiteren konnte man in der Zeit auch keine Toilette benutzen, so daß einer von unserer angeketteten Truppe ins Parkhaus pissen mußte. Und wenn man sagte, daß die Handschellen zu fest sind, war die Reaktion, daß sie noch fester zugedrückt wurden. Nachdem die fünf Stunden vergangen wa-

ren, wurden wir in einen Raum geführt, der einer Kontaminierungskammer glich. Wir sollten uns in einer Reihe nebeneinander aufstellen und dann wurde eine nach der anderen reingerufen. In diesem Raum war mindestens immer ein Polizist - in Kampfmontur mit Kampfstöcken und Pistolen bewaffnet. Dann wurden wir einzeln in einen Raum geführt mit Plastikvorhang, wo wir uns nochmals nackt ausziehen mußten, und alles kontrolliert wurde : Muttermale, Tattoos etc. wurden genauestens notiert. Bis auf die Schuhe konnte alles wieder angezogen werden. (...)

Dann wurden Frauen und Männer in verschiedene Räume geschlossen. Verdreckter Fußboden, kalt, keine Matratze, keine Decken. Auch das mehrfache Nachfragen nach einer Decke, weil es total kalt war, wird mit höhnischen Bemerkungen ignoriert. Dann wurde man noch zweimal geholt. Einmal, um Fingerabdrücke zu machen und noch mal, um Bilder zu machen. Wobei du ein Schild mit deinem Namen und deinem Geburtsdatum vor dich halten mußtest. Und dann noch einmal zum Verhör, wobei dir Fragen unterschiedlichster Art gestellt wurden, z.B. seit wann du in Genf bist, ob du dich an der Demonstration am Samstag beteiligt hast, an Krawallen oder Gewalttaten teilgenommen hast, welche Sprachen du sprichst, wie deine Eltern heizen, warum du in Genf bist... . Das alles erscheint schon auf die Person abgestimmt zu sein, und das alles auf eine Art, wie es üblich ist, bei Verhören: Fangfragen, Drehungen und Beleidigungen. (...) Ich vergaß: Telefonieren war nicht möglich. Selbst Minderjährigen wurde verweigert, ihre Eltern anzurufen."

2.Beispiel

„Sie meinen hier Rechte zu haben? Sie sind hier bei der Polizei, und da bestimmen wir, welche Rechte Sie haben. „ Dies ist die Aussage eines Polizeibeamten während der Untersuchungshaft des Journalisten Salvatore Pittà. Pitta wurde bei der Ausübung seiner journalistischen Tätigkeit von der Polizei festgehalten und erkennungsdienstlich behandelt. Das gleiche passierte systematisch mit JournalistInnen, denen eine kritische Berichterstattung unterstellt wurde. Foto- und Videokameras wurden beschlagnahmt. „Obwohl wir uns von Anfang an als JounalistInnen ausweisen, wurden wir mit so einem neuen Hartgummistreifen gehalten, das - einmal angezogen - nicht mehr nachläßt und das Blut an den Pulsen „abschneidet". Wir verlangten (übrigens die ganze Nacht hindurch, bei jeder Gelegenheit), den Grund unserer Festnahme zu wissen und verantwortliche Personen zu sprechen, erfuhren aber nie auch nur einen Namen. Wir kamen in einen Bunker unter dem Tramdepot in Cointrin, hinter dessen unterirdischem Eingang sich die 10 Personen befanden, die vor uns die Grenze zu passieren versucht hatten. Sie waren aneinander um zwei Säulen gebunden worden und blieben das dreieinhalb Stunden lang. Es war kalt, und sie bekamen nichts zu essen oder zu trinken, durften nicht aufs WC gehen etc. Während dieser Zeit zählten sie die Verhafteten: 22 Leute, wobei fünf in dieser Zeit freikamen. Wir zwei wurden voneinander getrennt, fotografiert, mußten uns ausziehen, alles abgeben, darunter eine Kamera mit Filmmaterial von der Grenzaktion. (...) Ich wurde zum zweiten Mal vorgeladen, um fotografiert zu werden, diesmal aber digital. Die Abnahme meiner Fingerabdrücke verweigerte ich erfolgreich. Der ausführende Beamte bemerkte dabei, damit hätte ich meine Anzeige gegen mich „unterschrieben". Meine Proteste und Hinweise, ich sei ein ausgewiesener Journalist, der von ihnen an seiner Arbeit gehindert werde, wurde mit einem Lächeln quittiert.

Ich kam in Zelle Nr. 1, in der sich vier Personen aufhielten. Es folgten weitere Leute, die dann wieder zitiert wurden, zurückkamen etc. Es kristallisierten sich drei Gruppen heraus, die im Moment eingeliefert wurden: die Karawane, eine Gruppe von Leuten, die bei der Absperrung zum WTO-Gebäude festgenommen worden waren und viele einzelne, die seit Sonntag nachmittag auf Genfer Straßen rausgepickt wurden und werden. Um 23.30 Uhr wurde ich zum Protokoll gewiesen. Ich gab meine Personalien an und sagte, daß ich Journalist sei und bei der Arbeit verhaftet worden sei. Ansonsten verweigerte ich die Antworten. Als ich die zwei Protokollseiten zur Unterschrift bekam, waren diese korrekt, außer daß am Schluß auf vier Zeilen geschrieben worden war, daß ich zur Kenntnis nehme, es sei eine Anklage gegen mich eröffnet worden (weswegen stand nicht), und daß ich zugebe, bei allen Demos und Kundgebungen dabeigewesen zu sein. Natürlich verweigerte ich deswegen die Unterschrift und nannte auch den Grund. Daraufhin wurde ich angewiesen, darunter zu schreiben, daß ich nicht einverstanden sei und dann zu unterschreiben. Das tat ich natürlich auch nicht.

Um 24.15 Uhr wurde ich in die Zelle Nr. 1 zurückgeführt. Dort waren ein Dutzend Leute. Es gab nicht mehr genug Platz, um wenigstens auf dem Boden zu liegen. Es war kalt, und ich verlangte, die beschlagnahmte Jacke zu haben, doch die wurde mir verweigert, da es nur noch 5 bis 10 Minuten ginge, bis ich frei würde. Immer wieder wurden danach Leute geholt und zurückgebracht. Bei jeder Gelegenheit fragte ich nach meiner Jacke und bekam dieselbe Antwort. Irgendwann waren sie so gütig und brachten uns je einen Apfel. Um 4.00 Uhr morgens wurde die Leute in Gruppen freigelassen. Ein anderer und ich wurden mit dem Auto zum Bahnhof gebracht. Mir wurde gesagt, daß keine Anklage gegen mich erhoben würde. Was mit den von mir genommenen Fotos geschehen ist, insbesondere mit dem Digitalfoto, und mit dem nicht unterschriebenen Protokoll geschehen ist, wurde mir verschwiegen. (...) Ausländer müssen reich sein, sonst dürfen sie nur in den Knast, aber nicht weiter:



Unter dem Motto „Spaß macht Widerstand" versuchten rund 300 TeilnehmerInnen in Hamburg, mit der antinationalen „Global Street Party" neue Widerstandsformen zu entwickeln. Die Polizei drohte mehrfach, die „Party" aufzulösen, kam aber nicht so recht zum Zuge.

„Ein Italiener, der mit mir die Nacht in der Zelle verbracht hatte, kam nicht frei. Er hatte das Pech gehabt, um die falsche Zeit die Grenze passieren zu wollen. Da er nur 50 Franken dabei hatte, kam er ins Gefängnis, um am nächsten Tag dem Richter vorgeführt zu werden. Meine spätere Recherchen ergaben, daß er nach Italien ausgeschafft wurde, weil er für seine Ferienzeit zu wenig Geld gehabt hatte (pro Tag sind angeblich 50 Franken das Minimum, um in der Schweiz Ferien machen zu dürfen)."

In Genf hat sich am Donnerstag unter Beteiligung von Menschenrechtsgruppen aus Genf ein Anti-Repressionskommittee gegründet. Am 28. Mai wird Dominique Hauser, Abgeordneter der Sozialdemokratischen Partei, im Großen Rat des Kantons Genf die Einberufung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission zur Vorgehensweise der Polizei beantragen.
Quelle: e-mail

Bericht aus Barcelona

Neuster Stand der Kampagne für Francesc Arnau Kein Berufsverbot, kein Knast!

Die Kampagne in Barcelona ist gut angelaufen. Es sind einige Gruppen und Organisationen aus verschiedenen Spektren mit einbezogen (HausbesetzerInnen, Antirepressionsgruppen, Idependentistas = katalanische Linke für die Unabhängigkeit, internationalistische Gruppen, freies Radio ...), die auf mehreren Ebenen Aktivitäten gestartet haben (Flugis, Plakate, Transparentaktion an der Fassade des Gerichts, Antirepressions-Konzert ...). In der katalanischsprachigen Zeitung AVUI („heute") von Sonntag, 31.5., ist ein Artikel erschienen, der die Repression gegen Francesc kritisiert. Die Tageszeitung AVUI steht der regierenden bürgerlichen CiU von Jordi Pujol nahe, der katalanischen Partei, die die PP-Zentralregierung in Madrid unterstützt. Der Artikel hat daher große Bedeutung, hat die katalanische Regionalregierung doch bisher Francesc in keinster Weise unterstützt, obwohl sie vorgibt, sich für bestimmte Rechte einzusetzen, für die auch Francesc kämpft (z.B. den Gebrauch des Katalanischen in allen Bereichen des politischen, sozialen, ökonomischen Lebens) - das wird an den unterschiedlichen Zielen liegen, die die CiU verfolgt. Ein linker, kritischer Anwalt ist ihnen nur Sand im Getriebe des Kapitals.

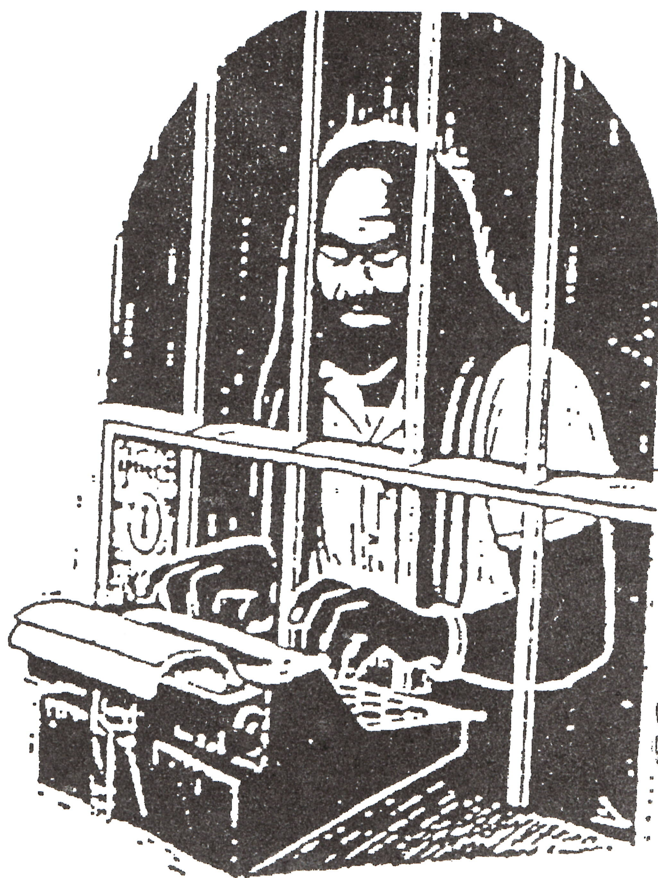
Als erster Erfolg der Kampagne wird angesehen, daß Francesc und das Bürokollektiv, in dem er arbeitet, ihre Tätigkeit ohne die bisherigen besonderen Angriffe von seiten der Justiz und der Presse fortführen können. Es wird betont, daß z.B. die Verteidigung in politischen Prozessen nunmehr durchgeführt werden kann und nicht vom Gericht durch Angriffe auf den Verteidiger verhindert wird. Bisher sind in den drei verfahren, die gegen Francesc geführt werden und die mit der Forderung der Staatsanwaltschaft nach acht Jahren Berufsverbot und vier bis acht Monaten Knast verbunden sind, noch keine Prozeßtermine oder Vorladungen festgelegt worden. Immer noch ist das vorerst wichtige Ziel, die Unterstützung der Anwaltskammer in Barcelona zu bekommen, die es an konkreter Solidarität für einen Kollegen fehlen läßt. Adressen für entsprechende Soli- bzw. Protestfaxe siehe letzten Angehörigen Info.

(Stand Ende Mai)

BILDERHEFT FÜR MUMIA

BENEFIZ

2. Auflage + A3-Poster !!



Soli-Heft für Mumia!!!

Unsere zweite Auflage des „Mumia-Bilderheft" ist gedruckt und wartet nur darauf, voneuch gekauft zu werden. Es besteht aus 60 DIN A4-Seiten und hat ein herausnehmbares DIN A3-Poster in der Mitte. Inhaltlich sind viele Comics und Bilder von und über Mumia und Move drin, außerdem noch eine Menge Text zu Mumia und seinem Fall.
Das Heft kostet leider 5 DM plus Porto (bis 3 Hefte 1,50 DM / ab 3 Hefte 3 DM), aber jeweils 3 DM gehen an Mumia für die Prozeßkosten, da es in Amiland eine Frage des Geldes ist, ob ein Mensch überlebt oder hingerichtet wird.
Also bestellt das Heft in Massen und: Freiheit für alle politischen Gefangenen
Adresse: Mumia-Solik c/o A.B.W., Kugeltimpen 7, 48431 Rheine

Jusos solidarisch

Wir tragen einen Beschluß nach, den die Bezirkskonferenz der Jusos Mittelrhein bereits am 14.3. gefaßt hat:
Das Todesurteil gegen Mumia Abu-Jamal muß aufgehoben werden!

Appell an den Präsidenten der USA:

Wir fordern Bill Clinton, den Präsidenten der USA, auf,

- die sofortige Aufhebung des Todesurteils gegen Mumia Abu-Jamal,
- seine unverzügliche Freilassung und
- die Wiederaufnahme des Verfahrens vor einem Gericht außerhalb Pennsylvanias zu veranlassen.

Die Todesstrafe muß abgeschafft werden!

Begründung:
Mumia Abu-Jamal wurde 1982 in einem umstrittenen Verfahren für die Tötung eines Polizisten schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt. Seitdem sitzt er in einer Todeszellen in den USA.

Als ehemaliger Black Panther und engagierter schwarzer Journalist ist er der Polizei und den Law&Order-Politikern ein Dorn im Auge.

Seine Anwälte haben für ein Wiederaufnahmeverfahren Fakten zusammengetragen und bewiesen, daß die Manipulationen im Verfahren gegen Mumia Abu-Jamal von einer rassistischen Auswahl der Geschworenen über die Unterschlagung von Entlastungsmaterial bis hin zur Einschüchterung und Aussageerpressung von ZeugInnen reichen.

In nächster Zeit ist damit zu rechnen, daß der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania in der Berufungsinstanz seinen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens ablehnen wird. Unmittelbar danach wird aller Voraussicht nach der Gouverneur von Pennsylvania, Thomas Ridge, einen neuen Hinrichtungstermin festsetzen.

„Ich bin eine rebellische Sklavin ..."

Im April 1998 veröffentlichte Assata Shakur als Reaktion auf die erneute US-Medienkampagne gegen ihre Person und für ihre Auslieferung in die Vereinigten Staaten diesen Text. Wir entnahmen ihn in einer stark bearbeiteten und gekürzten Fassung dem ak (Analyse und Kritik) Nr. 415 vom Juni 1998.

Mein Name ist Assata Shakur, und ich bin eine entflohene Sklavin des 20. Jahrhunderts. Ich hatte keine andere Wahl, als vor der politischen Repression, dem Rassismus und der Gewalt der US-amerikanischen Regierungspolitik zu fliehen. Ich bin eine ehemalige politische Gefangene und lebe seit 1984 im kubanischen Exil.

Den größten Teil meines Lebens war ich politisch aktiv, und obwohl die US-Regierung alles in ihrer Macht Stehende getan hat, um mich zu kriminalisieren, bin ich keine Kriminelle, noch war ich je eine. In den 60er Jahren war ich Teil der schwarzen Befreiungsbewegung, der Studentenbewegung und der Bewegung gegen den Vietnam-Krieg. Ich trat der Black Panther Party bei. Bis zum Jahre 1969 war die Black Panther Party das wichtigste Angriffsziel des Counter Intelligence Programs des FBI. Weil die Black Panther Party die vollständige Befreiung der Schwarzen forderte, nannte FBI-Chef J. Edgar Hoover sie die „größte Bedrohung für die innere Sicherheit des Landes" und gelobte, sie, ihre Führung und ihre Aktivisten zu zerschlagen.

Ich bin in sechs verschiedenen „Kriminalfällen" falsch beschuldigt worden, und in allen sechs Fällen wurde ich entweder freigesprochen, oder die Klage wurde abgewiesen. Doch das hieß nicht, daß ich bei Gericht Gerechtigkeit erfuhr. Es bedeutete nur, daß die „Beweise" gegen mich so dünn und falsch waren, daß meine Unschuld nicht zu widerlegen war.

Am 2. Mai 1973 wurde ich zusammen mit Zayd Malik Shakur und Sundiata Acoli auf dem New Jersey Turnpik gestoppt, vermutlich wegen eines „defekten Rücklichts". Sundiata Acoli stieg aus dem Wagen, um zu erfahren, warum wir gestoppt wurden. Zayd und ich blieben im Auto. Der Polizist Harper kam dann zum Wagen, öffnete die Tür und begann, uns zu befragen. Weil wir schwarz waren und in einem Auto fuhren, das in Vermont zugelassen war, sei er „mißtrauisch" geworden, behauptete er später. Dann zog er seine Waffe, richtete sie auf uns und befahl uns, unsere Hände so vor uns zu halten, daß er sie sehen könne. Ich fügte mich, und eine Sekunde später war da ein Geräusch außerhalb des Wagens, eine schnelle Bewegung, und ein Schuß traf mich mit erhobenen Händen und dann ein weiterer von hinten. Zayd Malik Shakur wurde später erschossen, der Beamte Werner Foerster wurde erschossen, und obwohl der Beamte Harper zugab, er hätte Zayd Malik Shakur erschossen, wurde ich angeklagt, beide, Zayd Malik Shakur, der mein engster Freund und Genosse war, und den Polizisten Foerster getötet zu haben.

„Nie in meinem Leben ..."

Nie in meinem Leben habe ich eine solche Wut und Trauer gefühlt. Zayd hatte versprochen, mich zu schützen und mir zu helfen, an einen sicheren Ort zu gelangen, und es war klar, daß er sein Leben verloren hatte bei dem Versuch, mich und Sundiata zu schützen. Obwohl auch er unbewaffnet war und die Waffe, die Foerster tötete, unter Zayds Bein gefunden wurde, wurde Sundiata Acoli, der später gefaßt wurde, ebenfalls der Tötung beider angeklagt. Weder Sundiata noch ich erhielten einen fairen Prozeß. Wir beide waren bereits vor dem Prozeß von den Nachrichtenmedien für schuldig befunden worden. Kein Nachrichtensender erhielt jemals die Genehmigung, uns zu interviewen, während die New Jersey Police und das FBI die Presse täglich mit Geschichten fütterten. 1977 wurde ich von einer komplett weißen Jury schuldig gesprochen und zu lebenslänglich plus 33 Jahren Gefängnis verurteilt. Im Jahr 1979 wurde ich aus dem Gefängnis befreit.

Am 24. Dezember 1997 lud der Staat New Jersey zu einer Pressekonferenz ein, um anzukündigen, daß die New Jersey State Police einen Brief an Papst Johannes gerichtet hatte, mit der Bitte, in ihrem Interesse zu intervenieren und behilflich zu sein, daß ich in die Gefängnisse New Jerseys ausgeliefert werden. Die New Jersey State Police weigert sich, ihren Brief zu veröffentlichen. Ich wußte, daß sie wahrscheinlich die Fakten vollkommen verdreht hatten und daß sie versuchten, den Papst dazu zu kriegen, im Namen der Religion die Arbeit des Teufels zu tun. Also entschloß ich mich, dem Papst selbst zu schreiben, um ihn darüber zu informieren, wie „Gerechtigkeit" für Schwarze im Staate New Jersey sowie in den USA in der Realität aussieht.

Im Januar 1998, während des Papstbesuchs in Kuba, willigte ich ein, einem Journalisten des Fernsehsenders NBC, Ralph Penza, ein Interview zu geben - über den Brief an den Papst, über meine Erfahrungen mit dem Gerichtssystem New Jerseys und über die Veränderungen, die ich in den Vereinigten Staaten sehe, und darüber, wie die schwarze Bevölkerung in den letzten 25 Jahren behandelt worden ist. Ich erklärte mich bereit zu diesem Interview, weil ich jenen geheimen Brief als einen öffentlichkeitswirksamen Schachzug der New Jersey State Police verstehe und als einen zynischen Versuch, Papst Johannes Paul II. zu manipulieren. Ich leben sei vielen Jahren in Kuba und bin ungeübt im Umgang mit den sensationslüsternen Medien von heute. Nachdem ich jahrelang das Opfer der „etablierten" Medien war, war es naiv von mir zu hoffen, daß ich endlich die Möglichkeit erhalten solle, „meine Seite der Geschichte" zu erzählen. Anstelle eines Interviews mit mir war das, was da stattfand, ein „inszeniertes Medienereignis" in drei Teilen, voll von Verdrehungen, Ungenauigkeiten und glatten Lügen.

NBC gab Tausende von Dollar für die Vermarktung der „Exklusiv-Interview-Reihe" aus, und sie gaben auch sehr viel Geld aus, um für dieses „Exklusivinterview" in schwarzen Radiostationen zu werben und Anzeigen in Lokalzeitungen zu setzen.

Verdrehungen und Lügen in der NBC-Serie

Die NBC sendete das Photo einer Frau mit einer Waffe in der Hand, in der Unterstellung, ich sei die Frau auf dem Bild. Das ist einfach falsch. Das Foto stammt von einem Fall, in dem ich wegen Bankraubes angeklagt war. Nicht nur, daß die ZeugInnen in einer Gegenüberstellung, auf der ich freiwillig bestanden hatte, eine andere Frau wiedererkannten, sondern es bestätigten auch zahlreiche ZeugInnen während des Prozesses, daß ich nicht die Frau auf dem Foto war. Ich wurde von dem Vorwurf des Banküberfalls freigesprochen. NBC sendete das Foto mindestens zu fünf verschiedenen Anlässen, vorgebend, die Frau auf dem Foto sei ich.

Wie ist es möglich, daß weder die New Jersey State Police, die behauptete, einen Detectiv Vollzeit an meinem Fall arbeiten zu lassen, noch die Gouverneurin von New Jersey, Christie Whitman, die behauptet, sie hätte alle „Beweise" überprüft, oder NBC, die über eine ausgeprägte Recherche-Abteilung verfügt, nicht wissen, daß das Foto falsch ist? NBC stellt die Wahrheit bewußt falsch darf. Denn sogar nachdem bereits viele Menschen im Sender angerufen hatten und eine massive Fax- und E-mail-Kampagne gegen die Verdrehung der Tatsachen durch NBC lief, sendeten Ralph Penza und NBC das Foto weiterhin als Darstellung von mir. Nicht ein einziges Mal sind die New Jersey State Police, Gov. Christie Whitman oder die NBC vorgetreten und haben erklärt, daß ich nicht die Frau auf dem Foto bin und daß ich von der Anklage freigesprochen wurde.

In dem eindeutigen Versuch, mich zu diskreditieren, war Col. Williams von der New



Jersey State Police erlaubt worden, Stück für Stück Verdrehungen meines Interviews zu verbreiten. In meinem Interview habe ich dargelegt, daß ich in der Nacht des 2. Mai 1973 mit erhobenen Händen angeschossen wurde, dann noch einmal in den Rücken. Williams erklärte: „Das ist absolut falsch - unsere Aufzeichnungen zeigen, daß sie in ihre Handtasche griff, eine Neun-Millimeter-Waffe herauszog und das Feuer eröffnete.“ Die Behauptung, ich hätte in meine Handtasche gegriffen und eine Waffe gezogen, während ich im Auto war, wurde sogar von dem Beamten Harper bestritten. Obwohl er in drei offiziellen Berichten und auch bei der Aussage vor den Geschworenen behauptet hatte, er hätte mich eine Waffe aus meiner Handtasche nehmen gesehen, gab er schließlich im Kreuzverhör zu, daß er mich zu keiner Zeit mit meinen Händen in der Handtasche, zu keiner Zeit mit einer Waffe innerhalb des Wagens und zu keiner Zeit auf ihn schießen gesehen hatte.

Obwohl Col. Williams von uns als „kriminellen Elementen“ spricht, waren weder Zayd, Sundiata Acoli noch ich Kriminelle, wir waren politische AktivistInnen. Ich war College-Studentin, bis die Polizei meine Tür eintrat, um mich dazu zu bewegen, mit ihnen zu kooperieren, und Sundiata Acoli war Computerexperte, der für die NASA gearbeitet hatte, bevor er der Black Panther Party beitrat und Zielscheibe des Counter Intelligence Programm CONTELPRO wurde.

Um Sympathien für die Polizei hervorzurufen, stellte die NBC-Reihe mein Interview der weinenden Witwe Werner Foersters gegenüber. Obwohl ich mit ihrer Trauer mitfühlen kann, glaube ich, daß er Erscheinen bewußt eingefügt wurde, um an die Gefühle der Menschen zu appellieren, um die Tatsachen zu verwischen, mich zur Verbrecherin abzustempeln und um die Art Lynchmob-Mentalität herzustellen, die historisch in Verbindung steht mit dem Bild der weißen Frau als Opfer von Schwarzen. Was von dem vermeintlichen Interview mit mir übrig blieb, wurde zu einem Forum für die New Jersey State Police, Foersters Witwe und die offensichtlich feindlichen Kommentare Ralph Penzas. Ich wurde in dem Interview nicht ein einziges Mal nach Zayd, Sundiata oder deren Familien gefragt. Im Verlauf des Interviews wurde mir schmerzhaft klar, daß Ralph Penza mich niemals als Mensch ansehen würde. Obgleich ich versuchte, über Rassismus und die Opfer staatlicher und polizeilicher Repression zu sprechen, war es klar, daß er vollkommen uninteressiert war.

In einer NBC-Sendung wurde Gouverneurin Whitman mit den Worten zitiert: „Es geht hier nicht um Rasse, es geht hier nur um Verbrechen.“ Entweder sind Gouverneurin Whitman die Fakten meines Falles komplett unbekannt, oder ihre Sensibilität für Rassismus und die erdrückende Situation Schwarzer und anderer farbiger Menschen in den USA ist gleich Null.

1979 mußte der Prozeß in Middlesex County wegen des unübersehbaren Rassismus, der im Jury-Raum zutage trat, unterbrochen werden. Offensichtlich darum bemüht zu verhindern, daß wir von Geschworenen „unseresgleichen“ verurteilt werden, ordnete der New Jersey Court an, daß die Geschworenen in Norris County gewählt wurden, wo nur 2,2% der Bevölkerung Schwarze und 97,5% der möglichen Jurymitglieder weiß waren. Später wurde der Prozeß nach Middlesex County zurückverlegt, wo 70% der Bevölkerung Umfragen zufolge aufgrund der vorgerichtlichen Berichterstattung glaubten, ich sei schuldig. Die Verhandlung fand vor einer ausschließlich weißen Jury statt, die lediglich gefragt worden war, ob sie „ihre Vorurteile beiseite lassen“ und „zu einem fairen Urteilsspruch gelangen“ könne. Es ist Fakt in den USA, daß Schwarze immer „Verdächtige“ sind und eine Anklage normalerweise mit einer Überführung gleichgesetzt wird. die meisten Weißen denken immer noch, „Schwarze Militante“ oder „Schwarze RevolutionärIn“ zu sein, sei von vornherein gleichbedeutend mit der Tatsache, sich irgendwelcher Verbrechen schuldig gemacht zu haben. Obwohl die Bevölkerung New Jerseys zu annähernd 78% weiß ist, sind mehr als 75% der Gefängnisinsassen in New Jersey Schwarze oder Latinos, 80% der Frauen in den Knästen Jerseys sind Farbige.

Gouverneurin Whitman sagte, daß meine Rückkehr ins Gefängnis eine Bedingung für die „Normalisierung der Beziehungen zu Kuba“ sein sollte. Wie bin ich so wichtig geworden, daß mein Leben die außenpolitischen Beziehungen zwischen zwei Regierungen bestimmen kann? Jede, der/die etwas über Politik in New Jersey weiß, kann sicher sein, daß ihre Motive rein politischer Natur sind. Sie wollen meinen Fall als Vorwand für die Fortdauer der unmenschlichen Blockade gegen das kubanische Volk nutzen und sich die Stimmen der rechten KubanerInnen sichern.

„Glückssoldaten“, Sklavenfänger und Fährtenleser

Col Williams von der New Jersey State Police erklärte: „Wir würden alles tun, was wir können, um sie von Kuba herzubringen, und wenn das Kidnapping einschließt, wir würden es tun.“ Ich denke, die Theorie ist die: Wenn sie vor 400 Jahren Millionen AfrikanerInnen aus Afrika kidnappen konnten, sollten sie in der Lage sein, eine einzige afrikanische Frau heute zu kidnappen. Alles, was ich repräsentiere, ist eine weitere Sklavin, die sie zurück zur Plantage bringen wollen. Nun, ich mag vielleicht eine Sklavin sein, aber ich werde als rebellische Sklavin zu Grabe gehen. Ich werde niemals freiwillig den Zustand der Sklaverei akzeptieren, sei er nun offiziell oder inoffiziell. In einem anderen kürzlich erschienenen Interview sprach Williams davon, die Bundesregierung zu bitten, die 50.000 Dollar für meine Ergreifung aufzustocken. Er sagt, das Geld könnte auch Kopfgeldjäger anlocken. „Es gibt da einige, ich glaube sie nennen sich ‚Glückssoldaten‘, die interessiert daran sein könnten, etwas zu tun, um sie uns auszuliefern.“ Nun, in den alten Zeiten nannten sie sich Sklavenfänger oder Fährtenleser.

Der Grad ihres moralischen und ethischen Bankrotts ist nicht nur aus dem Eifer, das Gesetz zu brechen und Gangster anzuheuern - alles im Namen von „law and order“ -, ersichtlich. Vor dem Hintergrund der zusammenfallenden Schulen in Paterson, N.J., den Gegenden von Newark, die wie ein Katastrophengebiet aussehen, der Crack-Epidemie, der weitverbreiteten Armut und Arbeitslosigkeit in New Jersey wollen diese verkommenen, dekadenten Möchte-Gern-Sklavenhalter Bundesgelder, um dafür zu sorgen, diese „Nigger-Magd“ zurück an ihren Platz zu bringen.

Sie nennen mich „die meistgesuchte Frau“ Amerikas. Ich finde das ziemlich zynisch. Ich kam mir nie sehr „gesucht“ vor. Als es um Jobs ging, war ich nie „die Meistgesuchte“, als es um „ökonomische Belange“ ging, war ich nie „die Meistgesuchte“, ich war auch

nicht die „Meistgesuchte“, als es um „vernünftige Wohnungen“ ging. Es scheint so, als wenn Schwarze nur auf der Liste der „Meistgesuchten“ sind, wenn sie uns ins Gefängnis stecken wollen.

Während ich das Interview mit Gouverneurin Whitman sah, war eine Sache, die mich getroffen hat, ihre „Empörung“ über meine Freude darüber, Großmutter zu sein, und mein „ziemlich schönes Leben“ hier in Kuba, wie sie es nannte. Denn obwohl ich die Menschen Kubas und die Solidarität, die sie mir entgegenbringen, sehr schätze, war der Schmerz, von allen, die ich liebe, weggerissen zu sein, unglaublich groß. Ich habe niemals die Möglichkeit gehabt, mein Enkelkind zu sehen oder im Arm zu halten. Wenn Gouverneurin Whitman meint, mein Leben sei so schön gewesen, wenn sie meint, daß 50 Jahre mit Rassismus, Armut, Verfolgung, Brutalität, Gefängnis, Untergrund, Exil und krassen Lügen umgehen zu müssen, so schön gewesen sind, wäre ich mehr als glücklich, sie ihren Weg für einige Zeit in meinen Schuhen gehen zu lassen, damit sie einen Geschmack davon bekommen kann, wie sich das anfühlt.

„Alles, was ich will, ist, in Würde zu gehen...“

Aber im Moment bin ich nicht besorgt um mich selbst. Jeder muß einmal sterben, und alles, was ich will, ist, in Würde zu gehen. Ich bin eher besorgt über die wachsende Armut, die wachsende Ungleichheit, die in Amerika um sich greift. Ich bin eher besorgt um unsere jüngeren Generationen, die unsere Zukunft repräsentieren. Ich bin eher darüber beunruhigt, daß ein Drittel der jungen Schwarzen entweder im Gefängnis oder unter der Gerichtsbarkeit des kriminellen Unrechtssystems ist. Ich bin eher besorgt über den Aufschwung des Gefängnis-Industrie-Komplexes, der unsere Leute wieder zu Sklaven macht. Ich bin eher besorgt über die Repression, die Polizeibrutalität, die Gewalt, die sich steigernde Welle des Rassismus, die die politische Landschaft der Vereinigten Staaten heute bestimmt. Unsere jungen Menschen verdienen eine Zukunft, und ich betrachte es als das Mandat meiner Vorfahren, Teil des Kampfes zu sein, daß sie eine haben. Sie haben das Recht, frei von politischer Unterdrückung zu leben. Die Vereinigten Staaten werden mehr und mehr zum Polizeistaat, und diese Tatsache zwingt uns, gegen politische Unterdrückung zu kämpfen. Ich bitte euch alle eindringlich, jeden einzelnen, der dieses Statement liest, für die Freiheit aller politischen Gefangenen zu kämpfen. Ich bitte Euch eindringlich, für die Abschaffung der Todesstrafe zu kämpfen. Als besonders dringenden Appell bitte ich euch, für das Leben von Mumia Abu-Jamal zu kämpfen, dem derzeit einzigen politischen Gefangenen, der in der Todeszelle sitzt.

Es ist lange her, daß ich in den Vereinigten Staaten gelebt habe. Aber mein Leben lang habe ich gesehen, wie jede prominente AnführerIn, PolitikerIn oder AktivistIn von den etablierten Medien angegriffen wurde. Wenn Afro-AmerikanerInnen in den Nachrichtenprogrammen auftauchen, reden sie normalerweise über Sport und Unterhaltung, oder sie sind in Handschellen. Nachrichten sind ein großes Geschäft, und es gehört wohlhabenden weißen Männern. Unglücklicherweise prägen sie die Art, wie viele Menschen die Welt und sogar sich selbst sehen. Zu oft ahmen schwarze und andere farbige Journalisten ihre weißen Pendants nach.

Wie viele arme und unterdrückte Menschen in den Vereinigten Staaten habe ich keine Stimme. Schwarze Menschen, arme Menschen haben in den USA keine wirkliche Meinungsfreiheit, keine echte Freiheit, sich zu entfalten, und eine sehr eingeschränkte Pressefreiheit. Die schwarze Presse und die fortschrittlichen Medien haben historisch eine wesentliche Rolle im Kampf um soziale Gerechtigkeit gespielt. Wir müssen diese Tradition fortsetzen und ausweiten. Wir müssen Medien schaffen, die helfen, unsere Leute und unsere Kinder zu bilden, und die nicht ihren Geist vernichten. Ich bin nur eine einzelne Frau. Ich habe keine Fernsehstationen oder Radiostationen oder Zeitungen. Aber ich fühle, daß die Menschen unterrichtet werden müssen über das, was passiert, und um den Zusammenhang zwischen den Nachrichtenmedien und der Repression in den USA zu begreifen. Alles, was ich habe, ist meine Stimme, mein Geist und der Wille, die Wahrheit zu erzählen. Ich bitte euch: In den schwarzen Medien, in den fortschrittlichen Medien, diejenigen von euch, die an wahre Freiheit glauben, veröffentlicht dieses Statement und laßt die Leute wissen, was passiert. Wir haben keine Stimme, also müßt ihr die Stimme der Stimmlosen sein.

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Ich sende euch Liebe und revolutionäre Grüße aus Kuba - eines der größten, widerstandsfähigsten und mutigsten „Aussätzigenlager“, das je auf der Oberfläche dieses Planeten existiert hat.

Assata Shakur, Havanna, Kuba

Wir erinnern an Leonard Peltier, politischer Gefangener in den USA seit über 22 Jahren

Internationale Unterstützung

amnesty international fordert die Wiederaufnahme des Verfahrens.

1986 erhält Leonard Peltier den Internationalen Preis für Menschenrechte von der spanischen Menschenrechtskommission.

55 Mitglieder des US-Kongresses und 60 Mitglieder des kanadischen Parlaments fordern die Wiederaufnahme von Peltiers Verfahren.

Das Europäische Parlament, der Unterausschuß für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages, sowie mehr als 70 Abgeordnete des Bundestages, 48 Mitglieder des niederländischen Parlaments und Abgeordnete aus Frankreich, Belgien, Italien, Österreich und der Schweiz, wie auch Bundesvorstand,sowie verschiedene Landesvorstände und Landtagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, sowie die Führer verschiedener politischer Parteien in Europa, darunter Lionel Jospin/Parti Socialiste, Georges Marchais, KP/Frankreich und Gerry Adams/Sinn Fein, setzen sich für eine Begnadigung Peltiers ein.

Die Stadträte und Bürgermeister von über 450 europäischen Städten und Gemeinden, darunter z.B. Groningen in den Niederlanden, Florenz, Genua, Rom in Italien, Freiburg/BRD, Genf und Zürich in der Schweiz, fordern Freiheit für Peltier. Fast achtzig Kirchenführer aller Weltreligionen, darunter der Erzbischof von Canterbury, Bischof Desmond Tutu, Reverend Jesse Jackson, der World Council of Christians and Jews und der Dalai Lama, Friedensnobelpreisträger Rigoberta Menchu Tum und Nelson Mandela, Ex-Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Mikhail Gorbatschow, Amed Ben Bella, der National Congress of American Indians, Personen des öffentlichen Lebens wie Danielle Mitterand, Mutter Theresa, König Albert und Prinzessin Marie Christine von Belgien, Arun Gandhi, Michael Apted, Ed Asner, Harry Belafonte, Jackson Browne, Peter Coyote, Vine Deloria, Jane Fonda, Allen Ginsberg, Val Kilmer, Kris Kristofferson, Manhattan Transfer, Pearl Jam, Peter Matthiesen, Joni Mitchell, Willie Nelson, Rage against the Machine, Robert Redford, Pete Seeger, Smashing Pumpkins, Buffy Saint Marie, Gloria Steinem, Oliver Stone, Lou Diamond Phillips, U2, Floyd Westermann,
sowie über 20 Millionen Menschen weltweit unterstützen Leonard Peltiers Kampf um Freiheit und Gerechtigkeit.

Herausgeber : Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postlagerkarte 05 02 05, 65929 Frankfurt / M. Erscheint vierwöchentlich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m. b. H., Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg. V. i. S. d. P. : Christiane Schneider. **Redaktionsanschrift und Bestellungen :** GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel.: (040)43 18 88 20, Fax : (040)43 18 88 21. Einzelpreis : 3,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 27,00 DM, ein Halbjahresförderabonnement 30,00 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 1,90 DM. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf das folgende Verlagskonto : Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Konto-Nr. 1269/122 311. – Herstellung und Drucklegung : GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m.b.H. **Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. **Spendenkonto der Angehörigen:** Sonderkonto Kiener, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01, Konto-Nr. 54 54 194. ***Redaktionsschluß für Nr.209: So, 5.7.98***